

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

20.8.1923 (No. 191)

Expedition: Karlsruhe, Str. 14, Fernsprecher: Nr. 953 und 954, Postkontos Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. E. Kautzsch, Carl Aug. Seyfried, Karlsruhe.

Wegzugspost: In Karlsruhe und umwärts frei ins Haus geliefert für August 800 000 R. — Einzelnummer 50 000 R. — Anzeigengebühr: 25 000 R. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung geltend gemacht werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zinsmäßiger Verzinsung und Konturückzahlung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Raubüberfall, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen anderer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Zuschriften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Halt der Inflation!

In einem Artikel mit dieser Überschrift weist Herr Reiffers in der „Frl. Ztg.“ darauf hin, daß die gegenwärtige Situation mit großer Besorgnis erfüllen müsse. Die wertvolle Geldwertminderung gehe so schnell vor sich, daß ein Anhalten nicht mehr möglich sei. Der Dollar, der sich von 6 Millionen auf 2 1/2 Millionen gesenkt habe, sei schon wieder auf 4 Millionen gestiegen und am Freitag sei es nur einem kräftigen Druck auf dem Markt gelungen, den amtlichen Kurs auf etwas über 3 Millionen bei starken Reparierungen festzusetzen. Diese Devisenbewegung sei diesmal aber nicht nur ein Symptom der allgemeinen Einstellung, sondern sie sei tatsächlich als der Schlüssel zur Beurteilung der Gefahren zu betrachten, die unsere schwachen Versuche aufzubauen, erneut zu gefährden drohen.

Es dürfte nicht mit Unrecht behauptet werden, — so fährt Reiffers fort —, daß in den letzten Tagen von Reich oder Reichsbank erhebliche Kredite auf Papiermarktbasis ins Ruhrgebiet und ins besetzte Rheinland gegeben worden sind, die schamlos von den Kreditempfangern zum Ankauf fremder Devisen ausgenutzt wurden. Es dürfte weiter zutreffen, daß auch zentrale Regierungsstellen selbst ebenfalls in den letzten Tagen mit Papiermarktscheinen auf dem Weltdevisenmarkt aufgetreten sind. Dazu tritt die Geldentwertungspolitik, die von gewissen Regierungsstellen im inneren Deutschland getrieben wird. Wir sind an dieser Stelle gewiß immer dafür eingetreten, daß der fortwährenden Entwertung von Lohnen und Gehältern durch Einführung der Festwertrechnung ein Ende gemacht wird. Diese Valorisierung der Löhne und Gehälter geht aber auch nur im Rahmen eines einheitlichen Programms durchzuführen. Wenn Stellen im Reichsfinanzministerium glauben, die Steuereinnahmen zu beschneiden, die notwendig gewesen wären, um die ungeheuren Devisenmehrfachzahlungen in den letzten Tagen zu leisten, warum stellen sie sie dann nicht dem Reiche zur Verfügung, um damit Schatzwechsel zurückzukaufen? Gewiß müssen die Wirkungen der Inflationssteuer, die in den beiden Monaten den Arbeitsvertrag auf einen Bruchteil des früheren Standes herabgedrückt hatten, wieder laxiert werden. Damit ist aber nicht gesagt, daß nun die amtliche Politik darauf gerichtet sein soll, die Friedenslöhne der Arbeiterschaft nicht nur wiederherzustellen, sondern erheblich zu übersteigern. Wenn unsere Wirtschaft in der Lage ist, das Friedensniveau zu tragen, was leider bezweifelt werden muß, aber sich durch Erfahrungen ergeben kann, dann soll es wiederhergestellt werden. Aber auch in diesem Falle geht es nicht an, derartig weitreichende Änderungen unvermittelt über's Knie zu drehen. Es zeigt sich hier bei uns das gleiche, was schon in Österreich zu beobachten war, daß nämlich die Umstellung auf Wertbeständigkeit nicht auf einer Indebasis durchgeführt ist, daß vielmehr der Index der Tendenz hat, weit über die Goldparität zu steigen und daß deshalb in der Wirtschaft ein gegenseitiges Treiben von Löhnen und Preisen erfolgt, das nur in einer äußerst gefährlichen Krise enden kann.

In einem sehr wesentlichen Punkte unterscheidet sich allerdings unsere heutige Lage von der im April. Während wir damals Männer an der Spitze hatten, die fest entschlossen waren, komme, was da wolle, das im Weltkriege bewährte Gelderliche Finanzierungssystem auch im Ruhrkriege anzuwenden, so haben wir heute ein junges Kabinett, das gewillt ist, mit diesem für Deutschland seit zehn Jahren verderblichen Methoden zu brechen. Das dieses Kabinett sich auf die Mehrheit des Reichstages und darüber hinaus auf die ihre Gefahr erkennende Bevölkerung stützen kann, darf als weiterer Aktiposten verachtet werden. Dieses Kabinett aber, insbesondere der neue Finanzminister Dr. Giffert, werden brutale Energie notwendig haben, wenn sie sich wirklich gegen die überzahl konterkarierender Tendenzen und gegen die absichtslose Unfähigkeit an vielen anderen Stellen durchsetzen wollen. Steht die Abwendung der Inflation auf dem Regierungsprogramm, dann darf auch keine einzige noch so hohe Regierungsstelle mehr ohne Zustimmung des Reichsfinanzministers Inflationspolitik treiben. Im Einvernehmen mit einer auf Abstellung, wenn auch vielleicht nicht auf Abbau der Inflation gerichteten Politik des Finanzministers, muß auch die Reichsbankpolitik geführt werden. Hier sind in der nächsten Zeit besonders gefährliche Klippen zu umschiffen. Die Steuern, die die abgetretene Regierung Herrn Giffert als Erbschaft überlassen hat, sind gerade von diesem Gesichtspunkte aus in vieler Hinsicht gefährlich. Auf die Ungerechtigkeiten dieser Steuern, insbesondere der ungemein preistreibend wirkenden Betriebssteuer, sei hier nicht eingegangen. Als Ergebnis der — allerdings nur augenblicklichen — Situation sei festgestellt, daß diese Steuern von der Wirtschaft zum großen Teil nur dann werden bezahlt werden können, wenn man ihr Kredite gibt. Man soll der Wirtschaft gerade in der augenblicklichen schwierigen Übergangszeit mit Krediten sehr entgegenkommen, und man soll auch dem Ruhrgebiet und dem besetzten Rheinland die nötigen Kampfmittel nicht entziehen. Aber alle diese notwendigen Leistungen dürfen nicht in Papiermark, sondern nur auf einer wertbeständigen Basis gegeben werden, und man wird sich vor allem bei Leistungen für das besetzte Gebiet auch davor schützen müssen, daß wertbeständige Papiermarktkredite als direktes Marktlangebot in Anspruch genommen werden.

Berlin, 20. Aug. Wie die „Welt am Montag“ aus parlamentarischen Kreisen hört, hat sich das Reichskabinett in seiner Samstag-Sitzung mit finanziellen Fragen, vor allem mit einer Marktlangebotsaktion, beschäftigt.

Die Wehrpflicht des Besitzes

Der Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei erklärt einen Aufruf „Allgemeine Wehrpflicht des Besitzes“, in dem es heißt:

Wir stehen in der entscheidenden Probe unserer Volkstums. Unsere Brüder am Rhein und Ruhr gehen seit fast acht Monaten mit glänzendem Beispiel der Opferwilligkeit voran. Je größer die Not wird, desto größer muß unsere Opferwilligkeit werden. Jetzt gilt es zunächst zu zeigen, daß das deutsche Volk nicht nur sein Leben und seine Gefinnung dem Vaterlande weihen, sondern auch sein Geld und Gut.

Die Forderung der Stunde ist die allgemeine Wehrpflicht des Besitzes. Der Reichstag hat schwere Steuern bewilligt; die Last ist groß, aber sie kann getragen werden, wenn jeder den Besitzteil opfert, der zum Fortgang seiner Wirtschaft nicht unbedingt nötig ist.

Die neue wertbeständige Anleihe des Reiches muß aus politischen Gründen ein großer Erfolg sein. Sie verdient aus geschäftlichen Gründen das höchste Vertrauen, weil sie auf voll gesicherter Grundlage beruht.

Politische Neuigkeiten

Die französische Antwort an England

Aus der französischen Antwort an England, deren Überreichung bevorsteht und die nach Pariser Meldungen spätestens am Dienstag nach London abgejagt werden soll, weiß der „Martin“ lediglich zu berichten: Wenn der passive Widerstand aufhöre, werde die französische Besetzung unmittelbar abgeändert werden. Zunächst würde die Zahl der Besatzungstruppen sofort vermindert werden. Die alliierten Behörden würden es nicht einmal ablehnen, daß die ausgewiesenen Eisenbahner ihren Posten wieder antreten.

Wie der „Etoile Belge“ zu wissen glaubt, wird die belgische Regierung in ihrer Antwort auf die englische Note sich dem Inhalt, neue Unterhandlungen zu erleichtern; denn sie der Ansicht, daß nur eine interalliierte Vereinbarung eine rasche Lösung des Reparationsproblems ermögliche. Der Minister des Äußeren Jaspars habe über die durch die englische Note geschaffene Lage eine lange Unterredung mit dem König gehabt.

Die französische Presse bringt aus durchsichtigen Gründen allerhand Nachrichten über angebliche englische Treiberien in Berlin. So meldet der Berliner Korrespondent des „Journal“, er könne versichern, daß die neue Regierung bereits in ein Netz von Intrigen verstrickt sei, deren Fäden in London zusammenlaufen. Herr Stresemann habe die feste Absicht gehabt, eine entscheidende Geste in der Richtung der Verständigung mit Frankreich zu machen, sei aber daran verhindert worden, nicht durch die englische Note, sondern durch gewisse Informationen, die er neuerdings von London erhalten habe. Ein französischer Politiker habe in einer Unterredung mit Stresemann nichts auszurichten vermocht. Der Kanzler habe sich darauf beschränkt, ihm eine Reihe von Artikeln vorzulesen, die er in den letzten Monaten in der Reparationsfrage geschrieben habe. Der französische Politiker habe den Eindruck gewonnen, daß Stresemann das erste Wort von Frankreich erwarte, selber aber nicht gesonnen sei, den ersten Schritt zu tun.

In dem Plan, den der frühere Kommandeur der amerikanischen Rheinarmee, General Allen, der Regierung vorlegte, wird eine sofortige Beteiligung Amerikas an der Lösung des europäischen Problems befristet. Die Ruhrbesetzung stelle sich als größter Wirtschaftskrieg dar. Bisher habe das französische Korridoren keine Reparationen ergeben, die in einem Verhältnis zu den Kosten ständen; und es sei auch nicht möglich, daß dies geschehen werde. Man dürfe auch nicht sagen, daß es sich um den Endkampf handle; denn es sei unmöglich, die Erbitterung eines 62 Millionen starken Volkes auf längere Zeit zurückzuführen. Es sei angemessen, daß Amerika zusammen mit anderen Ländern dabei mitwirke, eine vernünftige Regelung zu finden.

Poincarés Sonntagsrede

Die für Sonntag angekündigte, mit einiger Spannung erwartete Rede Poincarés in Charleville brachte keine besondere Überraschung. Ihr Kennzeichen ist eine gewisse Zurückhaltung, was darauf hindeutet, daß Poincaré gegenüber dem Kabinett Stresemann zunächst eine abwartende Haltung einnehmen will. In Berlin ist man über ihren ziemlich nichtsfagenden Inhalt enttäuscht, doch hält man es nicht für ausgeschlossen, daß Stresemann in einer politischen Rede in den nächsten Tagen auf einige der von Poincaré berührten Punkte sich äußern wird.

Poincaré polemisierte im ersten Teil seiner Rede zunächst gegen die in England geäußerte Ansicht, daß die englische Arbeitskräftelose eine Auswirkung der Ruhrbesetzung sei. Die letzten englischen Handelsstatistiken zeigten, daß die Ein- und Ausfuhr Großbritanniens seit dem Einmarsch in das Ruhrgebiet in Gewicht und Wert denjenigen der ersten sieben Monate des Jahres 1922 überstiegen habe. Auch der Transithandel Englands hat um 13,5 Proz. im Verhältnis zu der Güterausfuhr des Jahres 1922 zugenommen. Er ziehe nicht den Schluss daraus, daß England durch die Ruhrbesetzung verdienende. Doch frage, wenn es in England so viele Arbeitslose gebe, die Schuld daran in keiner Weise General Degoutte. Anstatt die Geschwätzigkeit der Pfandbesetzung in Abrede zu stellen, täte man besser, praktische Lösungen für die Probleme aufzufinden. Europa wird sein wirtschaftliches und moralisches Gleichgewicht erst an dem Tage wieder erlangen, an dem der Friede auf einer soliden Grundlage eingerichtet werde und die Gerechtigkeit siegte, welche die französische Armee für den Krieg bewaffnete. Frankreich verlange nichts weiter. Zu der Rede Dr. Stresemanns vor Eintritt seiner Rangkiererschaft geäußert hatte, und worin er darauf hinwies, daß Frankreich Napoleon nachahmen

versuche, wußte Poincaré nichts als die alten bekannten französischen Argumente vorzubringen. — Als Ergänzung der Rede Poincarés kann man vielleicht die Ausführungen betrachten, die Senator Guéret in Charleville im Anschluß an die Rede Poincarés machte. Er führte aus: „Wir wollen Deutschland weder zerstören, noch zugrunde richten. Wir verlangen von ihm lediglich, seine Unterwerfung zu respektieren, unsere Ruinen wieder aufzurichten und sich nicht an unserer Sicherheit zu vergreifen. Ich bin meinerseits der Ansicht, daß wir im Interesse der gesamten Welt nicht das Recht haben, unter diesen Bedingungen Verhandlungen unter vier Augen abzuschließen. Deutschland verbleibt nur ein Rettungsmittel; die Loyalität in der Ausführung des Vertrags. — Es ist Zeit, daß Deutschland zu der Wiederherstellung endlich beiträgt.“

Ein Aufruf des Reichsministers für die besetzten Gebiete

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Fuchs erläßt einen Aufruf an die Deutschen an Rhein und Ruhr, in dem es heißt:

„Die Schaffung des neuen Ministeriums soll, wie der Reichskanzler in seiner Antrittsrede feierlich erklärte, den besetzten Gebieten zeigen, daß ihre Interessen besonders pfleglich behandelt werden. Durch meine Abstammung und bisherige Tätigkeit mit dem Rheinland eng verknüpft, werde ich auch in dieser Stellung meine ganze Kraft daran setzen. Die nicht abzumendenden Leiden wollen wir gemeinsam tragen und uns vereinigen in der Hoffnung, daß der Tag, der uns einen gerechten Ausgleich bringen muß und der uns Ruhe und Frieden und dem bedrohten Europa die Möglichkeit des Wiederaufbaues geben wird, nicht mehr allzufern ist. Je schwerer die Zeit und je größer die Not, um so feurer muß die Treue der besetzten Gebiete zum Reich und zu den Ländern. Mit dieser Gewißheit übernehme ich mein Amt.“

Ludwigshafen, 20. Aug. Seit dem französisch-belgischen Einmarsch ins Ruhrgebiet bis zum 15. August sind insgesamt 10 104 Personen aus der Pfalz ausgewiesen worden. Davon sind 2554 mit 6590 Familienangehörigen Reichsbeamte, 134 mit 391 Familienangehörigen Landesbeamte und 148 mit 237 Familienangehörigen Privatpersonen. Die Ausgewiesenen sind in weitaus überwiegender Mehrzahl Pfälzer.

DZ. Landau (Pfalz), 18. Aug. Oberbürgermeister Dr. Bell aus Ludwigshafen wurde lt. „Landauer Anzeiger“ vom französischen Kriegengericht freigesprochen. Er war angeklagt, daß er Gelder für Autofahrten von der Reichsregierung zurückzuhalten versuchte, um den passiven Widerstand zu unterstützen.

Wien, 19. Aug. Das Reichsbahngeld ist durch die Rheinlandskommission in besetzten Gebieten verboten worden.

Berlin, 19. Aug. Der „Frl. Ztg.“ zufolge soll der zum Tode verurteilte und zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe „begnadigte“ Landwirtschaftslehrer Wöges zur Verbüßung seiner Haft von den Franzosen nach Cayenne abtransportiert werden. Der Professor Rühns und die beiden Wachtmeister Krosch und Brauer sollen nach denselben Mitteilungen nach Algier deportiert werden.

Die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung

Berlin, 18. Aug. (Wolff.) Die Konferenz des Reichsernährungsministers mit den Ernährungs- und Landwirtschaftsministern der Länder beschäftigte sich gestern mit den Schwierigkeiten auf den verschiedenen Gebieten der Ernährung und den notwendigen Maßnahmen für die Versorgung. Die Konferenz war einhellig für eine Verlängerung der Markterbrotversorgung vom 19. September bis zum 15. Oktober, die bereits beim Reichsrat beantragt wurde, ferner für eine Erhöhung der für das Wirtschaftsjahr 1923/24 beabsichtigten Reserve von 1 Million Tonnen sowie für eine besondere Sicherung der Versorgung der großen Verbrauchergebiete über den 15. Oktober hinaus. Die Mehrheit der Konferenz lehnte die von einzelnen Ländern angeregte Erneuerung der Umlage ab. Die Aussichten für die Kartoffelernte sind, eine warme Witterung vorausgesetzt, nicht ungünstig. Es wurde Mitteilung gemacht von der Gründung einer Kartoffelkreditbank zur Finanzierung des Kartoffelhandels. Mit den Städten ist Fühlung genommen worden, damit sie zusammen mit dem ortsanfängigen Handel gleichfalls die Finanzierung fördern. Mit dem Verkehrsministerium besteht ein enges Einvernehmen zwecks möglicher Beschleunigung des Transports im Herbst. Das Verkehrsministerium wird Kartoffeln und Getreide an erster Stelle befördern. Auf eine Anfrage erklärte der Reichsminister, daß noch nicht zwei Prozent der vorigen Kartoffelernte zu Brennereizwecken verwendet worden seien. Die Herstellung von Spiritus zu gewerblichen Zwecken sei eine wirtschaftliche Notwendigkeit, aber die Freigabe von Kartoffeln zu diesem Zweck würde nur nach sehr sorgfältiger Prüfung erfolgen. Übereinstimmend wurde die Notwendigkeit der Hebung des Zuckerrübenanbaus betont und erörtert, wie bei Freigabe der Wirtschaft die Zuführung des Rindzuckers an die Bevölkerung zu sichern sei. Die Bemühungen des Reichsministeriums in Verbindung mit der Reichsbank, Devisen für die Einfuhr von Fetten zu beschaffen, wurden anerkannt. Die Konferenz betonte einmütig, daß für die Versorgung mit den notwendigen Mengen an Fett eine Zuteilung von Devisen unbedingt erfolgen müsse. In der Erörterung über die Milchversorgung wurde mehrfach das Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Verhältnisse in der Versorgung und Preisgestaltung im Reiche sehr verschiedenartig seien. Es wurde anerkannt, daß die Mittel, die für die Verbilligung zur Verfügung gestellt worden sind, für einen Teil der Bevölkerung Erleichterung gebracht haben, und daß eine weitere Bereitstellung derartiger Mittel notwendig erscheine.

Die Leitung der Reichsbank

Der „Vorwärts“ hatte, wie gemeldet, den Rücktritt der leitenden Persönlichkeiten der Reichsbank Haverstein und Glasemann in einer Art Ultimatum gefordert, nötigenfalls die Sozialdemokratische Fraktion die Einberufung des Reichstags zu Veränderung des Autonomiegesetzes der Reichsbank verlangen müsse. Die Form dieses Angriffes wird jetzt sowohl im führenden Berliner Zentrumsblatt wie auch in der „Zeit“, dem Organ Dr. Stresemanns, mißbilligt. Die „Zeit“, die zugibt, daß die Verantwortung für viele finanzpolitische Veräumnisse die Reichsbank treffe, läßt die Frage offen, ob die bisherige Reichsbankleitung die Wege gehen wolle, die das Kabinett Stresemann zu gehen entschlossen sei. Wenn ein ersprießliches Zusammenarbeiten nicht zu erzielen sei, müßten die Folgerungen daraus gezogen werden. Man hat — schreibt dazu die „Frankf. Ztg.“ — in der vergangenen Woche bei der politischen Aussprache im Reichstag veräußert, die Abrechnung der Koalitionsparteien über die Notwendigkeit eines raschen Wechsels in der Leitung der Reichsbank, die tatsächlich vorhanden war, nicht geltend gemacht. Es wird Sache des neuen Reichsfinanzministers und des Reichsanzlegers sein, wenn sie von der Unerläßlichkeit der Ablösung des Präsidenten Haverstein durch eine andere, geeignete Persönlichkeit überzeugt sind, trotz der neuen Erschöpfung der Situation ihren Einfluß in der Richtung einer raschen Entscheidung auszubieten.

In der Reichsbank ist es zu einem Konflikt mit dem Angestelltenrat gekommen, dessen Vorsitzender Großmann am 15. August entlassen worden ist, weil er, wie es in dem Kündigungsbescheid heißt, am 10. August den Versuch gemacht haben soll, den Druck des Plakats zu verhindern, worin die Reichsbank mitteilte, daß sie „infolge des Buchdruckerstreiks nicht die nötigen Barmittel besitze, um Lohnzahlungen zu vollziehen“. Als zweiter Grund der Entlassung wird angegeben, daß Großmann am 13. August in Begleitung eines anderen Mitgliedes des Betriebsrates an den Reichsbankpräsidenten Haverstein die Aufforderung gerichtet habe, sein Amt sofort niederzulegen. In einer Versammlung der Angestellten der Reichsbank teilte Großmann mit, daß er gar nicht die Möglichkeit gehabt habe, den Druck des Plakats zu verhindern. Die Buchdrucker hatten ihm allerdings mitgeteilt, daß das Plakat eine offensichtliche Unwahrheit enthalte. Es sei lächerlich, die Zahlungsmittelknappheit auf den Buchdruckerstreik zurückzuführen, der doch kaum begonnen habe. Auch habe er lebhaft Haverstein davon Mitteilung gemacht, daß die Gewerkschaften seinen Rücktritt fordern. Nach der Erklärung Großmanns erklärten Vertreter der Reichsbank, falls es der Angestelltenrat der Reichsbank nicht gelinge, die Kündigung des Betriebsrates wieder aufzuheben, werde man die Belegschaft der Reichsbank drucken lassen, erneut den Reichsdruck einzustellen. Großmann wurde das Vertrauen ausgesprochen und die Maßregelung als ein „niedriger Machtwort“ bezeichnet. Nach einer Meldung aus Berlin will sich der Reichsfinanzminister heute bemühen, eine Verständigung herbeizuführen. Die Angestellten der Reichsbank haben sich mit dem Betriebsratsvorsitzenden solidarisch erklärt und die Buchdrucker der Reichsbank, die an der Sache indirekt beteiligt sind, erlassen gleichfalls eine Solidaritätserklärung.

Kurze Nachrichten

Wässiger Erntestand im Reich. Nachrichten aus Berlin zufolge wird vom Deutschen Landwirtschaftsrat, von der Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg und von anderen zuständigen Stellen eine Ernte erwartet, die die vorjährige bei weitem übertrifft. Nur die Kartoffelerträge werden nach den bisherigen Ansichten den Stand des Vorjahres nicht erreichen.

Die Krise im Buchdruckgewerbe. Die Berliner Zeitungsverleger haben sich in einer Vollversammlung mit den neuen Löhnen beschäftigt. Die Versammlung sah eine Entschärfung, wonach sie keine Möglichkeit besäße, die notwendigen Mittel dafür aufzubringen. Deshalb, und weil es ferner unmöglich ist, zu den nunmehr notwendigen Preisen noch Aufträge zu erhalten oder Verlagswerke abzusetzen, empfiehlt die Versammlung, schon jetzt die Arbeitszeitverkürzung anzufangen. Wo Arbeitszeitverkürzung nicht den nötigen Ausgleich geben würde, muß die Schließung der Betriebe, den gesetzlichen Vorschriften entsprechend, vorbereitet werden. — Wie aus Friedrichshagen gemeldet wird, konnte am Samstag die Mittagsausgabe der im Verbands der ober-schlesischen Zeitungsverleger in Friedrichshagen zusammengeschlossenen 20 Zeitungen, sowie die im Verlage der „Oberschlesischen Volkszeitung“ in Radenburg erscheinenden Zeitungen nicht herauskommen. Die genannten Verlagsfirmen sehen sich außerstande, die von der Gewerkschaft geforderte Lohnerhöhung auszubringen. Der „Vorwärts“ bringt eine Zuschrift, in der ausgeführt wird, daß eine Zahlung von niedrigeren Löhnen, Betriebsbeschränkung, Schließung der Betriebe und Kündigung des Personals sowohl gegen die rechtskräftig von den Vertragsorganisationen abgeschlossenen Tarife und Lohnverträge als auch gegen die Demobilisierungsvorschriften verstoßen. Wo ohne Verkürzung der Arbeitszeit zur Betriebsstilllegung gezwungen wird, sei dagegen beim Demobilisierungskommissar vorzugehen.

Die jüdischen Staatsbetriebe sollen nach einem Beschluß des jüdischen Gesamtministeriums in **Altkriegesbetriebe** umgewandelt werden, von denen der Staat die Aktienmehrheit von 80 Prozent für sich behält. Als Grund wird angegeben, daß der Staat nicht mehr die nötigen sehr erheblichen Mittel für den Ausbau der bisher in eigener Regie befindlichen Werke zur Verfügung hat.

Eine Goldmarkbanknote für Tabak. Nach einer Meldung aus München beabsichtigt das Reichsfinanzministerium die Nachbesteuerung für Tabak grundsätzlich fallen zu lassen und dafür eine Goldmarkbanknote, basierend auf dem Goldpreis, einzuführen.

Der Goldankauf: Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbankstellen findet vom 20. d. M. ab bis auf weiteres ununterbrochen zum 500 000fachen Betrage des Nennwertes statt. — Gold in Münzen und Barren bei Mengen bis 1/2 Kilogramm fein wird bis auf weiteres unter Zugrundelegung des zuletzt festgelegten Mittelfurses für Auszahlung Newyork an der Berliner Börse angelauft und zwar zum Preise von 640 Dollar für das Kilogramm fein. Demnach würden bei einem Dollar-mittelfurse von 3 200 000 Mark für ein Zwanzigmarkstück 14 680 000 Mark gezahlt werden.

Die Goldfrankenberechnung: Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Ausland, Paket-, Zeitungs-, Telegramm- und Fernsprechverkehr ist mit Wirkung vom 20. August an auf 700 000 Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch bei der Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Kästchen mit Wertangabe nach dem Ausland anzupassen. Nähere Auskünfte erteilen die Post- und Telegraphenämter.

Das Goldverkaufsgehalt beträgt für die Zeit vom 16. einschließ-lich 24. August 96 800 900 vom Hundert.

Badische Uebersicht

Die Kartoffelversorgung

In Baden ist die Getreideernte zum großen Teil eingebracht; Spätartoffeln stehen noch stark in der Blüte. Frühe Kartoffelforten können eingebracht werden. Wie aus landwirtschaftlichen Kreisen bekannt wird, fehlt es zur schnellen Bergung der Ernte an den erforderlichen Arbeitskräften. Der in früheren Jahren omgekehrte Gedanke, die Arbeitslosen in den Städten zum Uebernten der Kartoffeln auf das Land zu schicken, hat sich nie recht verwirklichen lassen. Wer nicht auf dem Lande aufgewachsen ist und wem es an geeigneter Kleidung fehlt, der eignet sich nicht zur Feldarbeit. Es ist deshalb viel naheliegender, wenn Städtebewohner ihren Urlaub so einrichten, daß sie ihren auf dem Lande wohnenden Angehörigen bei der Kartoffelernte behilflich sein können. Auch entsprechende Beurteilungen seitens des Reichswehres und der Polizei geben eine Möglichkeit, geeignete Arbeitskräfte für das Kartoffelgeschäft zu gewinnen. Selbstverständlich sollten auch Erwerbslose, die härtere Arbeit zu leisten gewohnt sind, sich zum Geschäft des Kartoffelverkaufs zur Verfügung stellen. Der Landwirt ist in der Regel gerne geneigt, den Lohn für Feldarbeiten mit der Abgabe von Kartoffeln abzugleichen. Dadurch wird allein schon eine zweckentsprechende direkte Versorgung einer Anzahl von in Städten wohnenden Familien erreicht. Selbst Hand anzulegen und den Bauern zu helfen, die Ernte zu bergen, ist viel richtiger, als nur über die mangelhafte Kartoffelversorgung zu klagen. Natürlich läßt sich durch eine Hilfe dieser Art nicht die ganze Kartoffelversorgung der Städte sicherstellen, sie hilft aber über mancherlei Schwierigkeiten hinweg und fördert vor allen Dingen die so notwendige Verständigung zwischen Stadt und Land.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Amlich wird uns mitgeteilt: Die Gründe, die schon im letzten Bericht als bewegende Kräfte der Arbeitsentwicklung genannt wurden, wirken auch diesmal in der Richtung einer Verschlechterung der Lage. Im einzelnen seien zur Kennzeichnung folgende Tatsachen angeführt. In der Forstheim-Edelmetallindustrie ist an Kurzarbeit ein neuer Zugang von 15 Betrieben mit insgesamt 82 Personen zu verzeichnen; es arbeiten jetzt 37 Betriebe mit 308 Personen beruht. Überarbeit wird nicht mehr geleistet. Die Lage in der übrigen metallverarbeitenden Industrie hat sich weiter ungünstig entwickelt; so steht z. B. ein Großbetrieb der Nähmaschinenindustrie vor der Entlassung von 800 Personen. Auf dem Gebiete der Papierherstellung — es kommt hier vornehmlich die Kartonagenindustrie in Betracht — liegen ungünstige Beschäftigungsverhältnisse vor. Schlecht ist der Beschäftigungsgrad natürlich weiter in der Textilindustrie. Im Baugewerbe ist die Nachfrage nach Arbeitskräften zurückgegangen. Die Tabakindustrie wird von der Zeitverhältnisse stark in Mitleidenschaft gezogen; die Folgen sind Betriebsbeschränkungen (Kurzarbeit), z. Teil auch Entlassungen. Aus der Schokoladenindustrie kommt die Meldung, daß eine Großfirma wegen Auftragsmangel ihren Betrieb völlig stilllegen beabsichtigt. Betriebsbeschränkungen (Einführung von Kurzarbeit) erfolgten bei circa 20 Betrieben es sind daran insgesamt 150 männliche und 170 weibliche Arbeitskräfte beteiligt. Zwei Kleinbetriebe mit zusammen 22 Arbeitskräften wurden geschlossen.

Die Verkehrssperre

Die „Recher Zeitung“ bringt in Bestätigung unferer Nachricht vom Sonnabend folgende Meldung: „Auf Vorschlag ihres Kreisdelegierten in Rehl hat die Hohe Interalliierte Rheinlandskommission beschlossen, die Verlängerung der Verkehrsperre zwischen dem unbesetzten Deutschland und den besetzten Gebieten auf den Brückentopf Rehl nicht anzuwenden.“

Für das übrige besetzte Gebiet ist jedoch die Sperre, nach einer Sabasmeldung, bis zum 16. September verlängert. Die französ. Agentur begründet dies damit, daß man „das Eindringen von Agenten in das besetzte Gebiet vermeiden“ wolle, die verdächtig sind, Unruhen herbeizuführen zu wollen.“

Weihilfen an zurubgesetzte Beamten und Beamtenhinterbliebene

Mit Verordnung vom 18. Juli d. J. (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 205) hat das Staatsministerium neue Vorschriften über die Gewährung von Weihilfen an zurubgesetzte Beamten und Beamtenhinterbliebene erlassen. Aus diesen Vorschriften seien folgende Punkte besonders hervorgehoben: Die bisher können einmalige und fortlaufende, d. h. über ein oder mehrere Jahre sich erstreckende Weihilfen gegeben werden. Der Kreis der berechtigten Personen ist im wesentlichen derselbe wie bisher, doch werden fortlaufende Weihilfen an zurubgesetzte Beamte und Witwen von solchen in der Regel nicht gegeben ebenso nicht an hinterbliebene ledige Söhne u. Töchter, die Kinderzuschläge oder Kinderbeihilfen beziehen. Geschiedene Ehefrauen von Beamten können nur ausnahmsweise eine Weihilfe erhalten, wenn im Scheidungsurteil der Ehemann als der allein schuldige Teil erklärt ist und wenn die Ehefrau nachweist, daß ihr Mann verstorben ist oder daß Unterhaltsansprüche nicht mit Erfolg gegen ihn geltend gemacht werden können. Der Bezüge auf Grund des Gesetzes über Kleinrentnerfürsorge vom 4. Februar 1923 (Reichsgesetzblatt Seite 104) erhält, kann daneben eine fortlaufende Weihilfe nicht erhalten. Die Höhe der Weihilfen richtet sich nach dem Grade des Bedürfnisses.

Verbräuche der Weihilfegewährten werden von jetzt an nicht mehr von den Finanzämtern, sondern von den Bezirksämtern abgegeben. Sie können auch unmittelbar beim Zentralbüro des Finanzministeriums erhoben werden. Die Verbräuche werden unentgeltlich verabreicht; müssen sie aber mit der Post zugesandt werden, so muß der Wertstellung des Briefports beigefügt sein. Die Verbräuche sind genau nach der Anleitung auszufüllen und postfrei an das Zentralbüro des Finanzministeriums einzusenden. Gesuche um fortlaufende Weihilfen sollen in der Regel im Laufe des Monats Januar vorgelegt werden.

Kurze Nachrichten aus Baden

* **Wassfallende Ferienensäge.** Vom Montag, den 27. August an fällt der Personenzug 1409 Donaueschingen ab 4.30, Bellingen an 4.54 bzw. wegen ungenügender Beschleunigung aus.

DZ. Aus dem Südbertal, 19. Aug. Hier hat überall die Frühzweckgenernte eingesetzt, die einen schönen Ertrag liefern wird. Besonders schön behangen sind die Bäume im Bergland, während in den Gärtchen weniger Ertrag zu erwarten ist.

DZ. Eitenheim, 19. Aug. Das historische Haus, das seinerzeit der französische Herzog von Enghien bewohnte, ist bei der angelegentlichen Restaurierung in den Besitz des Kaufmanns Eugen Stiller für 1931 Millionen übergegangen. Es waren sehr viele Kaufliebhaber anwesend. Das erste Gebot belief sich auf 240 Millionen.

DZ. Freiburg i. Br., 19. Aug. Auch der Stadtrat Freiburg hat an die Landgemeinden ein gedrucktes Flugblatt zur Verteilung gesandt, in dem die Minderheit in eindringlicher Weise gewarnt und die Landwirtschaft aufgefordert wird, dieser Not durch Herabgabe der nötigen Mähdreschen zu steuern. — Der Preis für einen Einzelsparchein auf der Freiburger Straßenbahn beträgt gegenwärtig 30 000 M.

DZ. Freiburg i. Br., 18. Aug. Die hiesige Kriminalpolizei verhaftete den 51jäh. Metzger Hermann Kirchof, geübtig aus Arnstadt in Thüringen, der in dem dringenden Verdacht steht, den Mord an der 13jährigen Julie Andler aus Freiburg zu begangen zu haben. Kirchof ist nach dem Verhör in die Verhaftungshaft gebracht worden, doch ist nach den gemachten Erhebungen an seiner Schuld kaum zu zweifeln.

DZ. Triberg, 19. Aug. Das 50jährige Bestehen der Schwarzwaldbahn, d. h. der Strecke Gausach-Billingen soll am 16. September festlich begangen werden. An dem Denkmal des Erbauers der Schwarzwaldbahn beim Bahnübergang in Freiamt, am Gerwigdenmal soll auch eine Kranzniederlegung stattfinden. Die Strecke Gausach-Triberg-Billingen wurde am 10. November 1873 dem Verkehr übergeben.

DZ. Singen a. S., 18. Aug. In der Bürgerausschussung am 16. wurde nach längerer Debatte der Vorschlag 1923/24 angenommen. Die Umlage wird auf den einfachen Satz von 200 Mark festgesetzt, wobei die Betriebswertwerte veranschlagt werden. Auch der Vorschlag des Gemeinderats, die Umlage für die letzten 8 Monate des Rechnungsjahres durch Anwendung eines Entwertungsfaktors der Geldentwertung anzupassen, wurden angenommen.

Aus der Landeshauptstadt

Im Karlsruher Stadtrat erfolgte bisher die Festsetzung der Gas- und Strompreise auf Grund der Kohlenpreise desjenigen Kalendermonats, der der jeweiligen Ableitung in den Häusern und dem unmittelbar darauf folgenden Einzug vorausging. Bei steigender Preisentwicklung erwachsen jedoch der Stadt dadurch erhebliche Verluste zumal wiederum allgemein die Kohlenrechnungen zum voraus beglichen werden müssen. Es wird deshalb dazu übergegangen, die Gas- und Strompreise von 6 zu 6 Tagen, das ist 5 mal im Monat, jedesmal für die zwei gerade zur Ableitung gelangenden Bezirke neu zu bestimmen. Erstmalig werden für die um die Mitte des laufenden Monats vorgenommenen Ableitungen im 5. und 6. Bezirk, das ist für einen Verbrauch in diesen Bezirken von Mitte Juli bis Mitte August die Gas- und Strompreise auf 130 000 M. Kubikmeter bzw. 290 000 M. die Kilowattstunden Lichtstrom (175 000 W. Kraftstrom) festgesetzt und die entsprechenden Rechnungsbeträge unverzüglich zum Einzug gebracht. — Der für das laufende Vierteljahr zum voraus festgesetzte Satz des Wasserzwecks von 115 Prozent des Steuerwertes für ein Vierteljahr reicht infolge der rapiden Entwicklung der Preise bei weitem nicht aus. Es wird unverzüglich ein Nachtrag in Höhe des 10fachen dieses Betrages zur Erhebung gebracht. Die z. B. zur Erhebung gelangenden Gebühren für Straßenreinigung, Müllabfuhr, Kanalreinigung, Grubenentleerung bzw. Schwemmanlauf sind durch die Entwicklung der letzten Wochen weit hinter dem tatsächlich erforderlichen Aufwand der Betriebe des Tiefbauamts zurückgeblieben. Es wird unverzüglich ein Nachtrag in Höhe von 2300 M., 1100 M., 900 M. und 1400 M. von je 100 Mark Biegegeschäftssteuer erhoben.

Stadt, Konzerthaus. Heute Montag und täglich gelangt die mit größtem Beifall aufgenommene Operette „Wenn Liebe erwacht“ von Kanneke zur Aufführung, es gehören ebenfalls wieder Lotte Kanneke als „Milla“ und Opernsänger Karl Heinz Löfer als „Kater“. — Die nächste Operettenaufführung, die vorbereitet wird, ist „Najja, die Tänzerin“ von Gilbert. — Die diesjährige Spielzeit endet am 2. September.

Staatsanzeiger.

Fahrtcheinbese des Mitteleuropäischen Reisebüros. Aus Anlaß der am 20. August 1923 eintretenden Fahrpreis-erhöhung erlischt die Geltungsdauer aller vor dem 20. August 1923 gelösten Fahrcheinbese am 22. August 1923, mitternachts 12 Uhr. Die Bese werden jedoch nach Zahlung des Fahrpreiserhöhdendes auch noch nach dem 22. August innerhalb der 60tägigen Geltungsdauer zur Benutzung zugelassen. Die Nachzahlung erfolgt wieder durch Lösung von Ergänzungsbeseheinen bei den Ausgabestellen der Fahrcheinbese oder von Ergänzungsbeseheinen bei den Stationsämtern I und II.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurubsetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Justizministeriums.

Ernannt: Rangleihilfe Karl Lehmann beim Amtsgericht Lörach zum Rangleihilfen.

Veretzt: Gerichtsverwalter Ernst Meher beim Amtsgericht Forzheim zum Amtsgericht Karlsruhe und Justizinspektor Hermann Trippel beim Amtsgericht Donaueschingen zum Landgericht Karlsruhe; die Rangleihilfen Waldbise Gröbhaber beim Amtsgericht Bellingen zum Notariat Bielefeld und Amanda Obergfell beim Notariat Bellingen zum Amtsgericht Bielefeld.

Die Lage des Arbeitsmarktes. Ministerium des Kultus und Unterrichts. **Bunbergesetz:** Oberlehrer Friedrich Ralsh in Spö (Amts Karlsruhe) auf Ansuchen.

Ministerium der Finanzen. **Ernannt:** Finanzobersekretär August Schillhorn in Karlsruhe zum Finanzinspektor, Landesobersekretär Heinrich Schwarz in Karlsruhe zum Banninspektor.

Mein lieber Mann

Ludwig Mayer

Oberamtsrichter

unser Vater, Sohn und Bruder ist heute im Alter von 54 Jahren nach langer Krankheit seinem schweren inneren Leiden erlegen.

Breisach, Kenzingen, Freiburg München, Sonthofen, am 18. August 1923.

Eise Mayer geb. Groß, Margund Mayer, Familie Louis Mayer.

Beerdigung am Dienstag, den 21. August um 4 Uhr in Breisach.

Zentral-Handels-Register für Baden.

Baden. T.382
Handelsregisteramt
vom 8. Juli 1923. Abt. B
Bd. I O.-Z. 47 — Firma
G. Lorenz, Kohlen- und
Gefäßhandlung Omb.-.
Die Gesellschaftsfirmen und
die Vertretungsbevollmächtigten
des Liquidators sind erloschen.
Baden, 8. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht.

Baden. T.456
Handelsregisteramt
Abt. A:
Band III O.-Z. 18 vom
7. August 1923: Firma
Friedrich Hirninger, Groß-
Export in Baden-Baden.
Inhaber ist Kaufmann
Friedrich Hirninger in
Baden-Baden; dessen Ehe-
frau Luise geb. Rab in
Baden-Baden ist Prokura
erteilt.
Band III O.-Z. 8 vom
6. August 1923: Firma
G. Drees in Köln, Zweig-
niederlassung Baden-Baden
— vom 6. August 1923:
Generaldirektor Hermann
Kopf und Direktor Hans
Georg Kopf, beide in Mün-
den, sind in das Geschäft
als persönlich haftende
Gesellschafter eingetreten.
Band II O.-Z. 481 vom
7. August 1923: Firma
Großdeutscher Arbeits-
markt für das Feinverge-
werbe Friedrich Hirninger
in Baden. Die Firma ist
erloschen.
Band II O.-Z. 357 vom
7. August 1923: Firma
Zeitwogel & Mausbach,
Baugeschäft in Oos. Die
Firma ist erloschen.
Band III O.-Z. 19 vom
7. August 1923: Firma
Emil Wierzyk in Baden-
Baden. Inhaber: Emil
Wierzyk, Kaufmann in
Baden-Baden.
Baden, 7. August 1923.
Der Gerichtsschreiber des
Bad. Amtsgerichts.

Baden. T.457
Handelsregisteramt
Abt. B Band I O.-Z. 48
— Mitteldeutsche Credit-
bank Frankfurt a. M.,
Zweigniederlassung Baden-
Baden unter der Firma
Mitteldeutsche Creditbank,
Filiale Baden-Baden, vor-
mals Meyer & Dittl —.
Die Generalversammlung
der Aktionäre vom 30. Juni
1923 hat beschlossen,
das Grundkapital um bis
610 000 000 Mark zu er-
höhen. Dieser Beschluss ist
durchgeführt. Das Grund-
kapital beträgt nunmehr
1 120 000 000 Mark. Das
stellvertretende Vorstands-
mitglied Robert Loh in
Eisen ist aus dem Vor-
stand ausgeschieden. Zu
stellvertretenden Vor-
standsmitgliedern sind be-
stellt: 1. Regierungsbefor-
der a. D. Oberreiter und
2. Curt Repte, beide in
Berlin. — Durch Beschluss
der Generalversammlung
vom 30. Juni 1923 sind die
§§ 3, 4, 5, 7, 11, 13, 20,
21, 23, 27, 29, 31, 33, 34
und 37 des Gesellschafts-
vertrages geändert wor-
den. — Von den neuen Ak-
tien werden ausgeben: 10
000 auf den Inhaber lau-
tende Vorzugsaktien zu
je 1000 M. zum Nenn-
betrag und 800 000 auf
den Inhaber lautende
Stammaktien zu je 1000
Mark zum Nennbetrag.
Baden, 10. August 1923.
Bad. Amtsgericht 1.

Baden. T.383
In das Handelsregister
B Band VIII O.-Z. 35 ist
zur Firma Landeswirt-
schaftsstelle für das Bad.
Hauwert, Aktiengesell-
schaft, Karlsruhe eingetragen:
In der Generalver-
sammlung vom 2. August
1923 wurde beschlossen, das
Grundkapital um Mark
100 000 000 durch Ausgabe
von 1500 auf den Namen
lautenden Vorzugsaktien
von je 10 000 Mark, von
5000 auf den Inhaber lau-
tenden Stammaktien von
je 1000 M. sowie von 8000
auf den Inhaber lau-
tenden Stammaktien von
je 10 000 Mark zu erhöhen.
Diese Erhöhung hat statt-
gefunden. Das Grundkapital
beträgt jetzt 150 000 000
Mark. Die Aktien sind zum
Nennwert ausgegeben. Die
alten Vorzugsaktien wer-
den in Stammaktien um-
gewandelt. Das Vorrecht
der Vorzugsaktien wird
nun getrennt, die Vorzugs-
aktien haben Anspruch auf
4 Prozent Gewinnanteil,
ehe auf die Stammaktien
ein Gewinnanteil entfällt.
Sie haben ein zweifaches
Stimmrecht bei Wahlen
zum Aufsichtsrat, bei
Satzungsänderungen und
bei Beschlüssen über die
Auflösung der Gesellschaft.
Entsprechend dieser Be-
schlüsse sind die §§ 4 und
12 des Gesellschaftsver-
trages geändert worden.
Karlsruhe, 13. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht B II.

Baden. T.384
In das Handelsregister
B Band IX O.-Z. 16 ist
eingetragen: Firma und
Sitz: Süddeutsche Fisch-
industrie, Gesellschaft mit
beschränkter Haftung, Karlsru-
he. Gegenstand des Un-
ternehmens: Handel mit
Fischereiprodukten und ein-
schlägigen Handelswaren, ferner
Agentur- und Kommissions-
geschäfte in diesen
Handelszweigen. Stamm-
kapital 900 000 M. Ge-
schäftsführer: Robert Schön-
ning, Kaufmann, Karlsru-
he. Der Gesellschaftsver-
trag ist am 7. August
1923 festgesetzt. Sind meh-
rere Geschäftsführer be-
stellt, so vertritt jeder die
Gesellschaft allein. Die Be-
kannmachungen der Ge-
sellschaft erfolgen in der
Karlsruher Zeitung.
Karlsruhe, 13. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht B II.

Baden. T.385
In das Handelsregister
B Band IX O.-Z. 17 ist
eingetragen: Firma und
Sitz: Berg- und Hütten-
produkte, Handelsgesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Karlsruhe. Gegen-
stand des Unternehmens:
Der Großhandel mit allen
von der Industrie benö-
tigten Artikeln in Berg-
und Hüttenprodukten, so-
wie in Neu- und Altma-
terial zur Herstellung und
Weiterverarbeitung. Die
Gesellschaft ist auch befug-
t, gleiche und ähnliche Un-
ternehmungen zu erwerben,
oder sich an solchen zu
beteiligen und Zweig-
niederlassungen zu er-
richten. Stammkapital: Mark
500 000. Geschäftsführer:
Erich Großmann, Kauf-
mann, Karlsruhe. Der Ge-
sellschaftsvertrag ist am 1.
August 1923 festgesetzt.
Mehrere Geschäftsführer
vertreten die Gesellschaft
einzelnen. Die öffentlichen
Bekanntmachungen der Ge-
sellschaft erfolgen durch die
Karlsruher Zeitung.
Karlsruhe, 13. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht B II.

Baden. T.377
In das Handelsregister
A Bd. I O.-Z. 194 wurde die
offene Handelsgesellschaft
„Gebrüder Pfäffe in Gem-
mingen“ mit dem Sitz in
Gemmingen eingetragen:
Gesellschafter August Gein-
rich Pfäffe und Adolf
Pfäffe, beide Hingelshausen
in Gemmingen. Die
Gesellschaft hat am 5. No-
vember 1921 begonnen.
Eppingen, 13. Aug. 1923.
Amtsgericht.

Baden. T.414
Handelsregister Abt. B
Band I O.-Z. 15 — Fir-
ma Rheinische Creditbank,
Niederlassung Gernsbach
H.-G. in Gernsbach: Das
Grundkapital ist gemäß
dem bereits durchgeführ-
ten Beschluss der General-
versammlung vom 23. Janu-
ar 1923 um 180 000 000
Mark erhöht und beträgt
jetzt 420 000 000 M. Der
Gesellschaftsvertrag ist
durch den Beschluss der
Generalversammlung vom
23. Januar 1923 in § 5
Abt. 1 (Grundkapital) ge-
ändert. Die neuen 180 000
auf den Inhaber über je 1000
Mark werden zum Nenn-
wert von 230 Proz. ausgegeben.
Gernsbach, 16. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht.

Baden. T.371
In das Handelsregister
B Band IX O.-Z. 15 ist
eingetragen: Firma und
Sitz: Gebr. Holz, Krebs
& Co., Farben- und Lack-
großhandlung, Gesellschaft
mit beschränkter Haftung,
Karlsruhe. Gegenstand des
Unternehmens: Der An-
und Verkauf von Farben
und Lackfabrikaten sowie
einzeljähriger Artikel in
Karlsruhe und dessen Vor-

Baden. T.372
In das Handelsregister
B Band IX O.-Z. 16 ist
eingetragen: Firma und
Sitz: Kuhn-Chemische In-
dustrie-Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung, Karlsru-
he. Gegenstand des Un-
ternehmens: Die Fabrika-
tion und der Vertrieb von
radioaktiven, chemischen
und pharmazeutischen
Produkten. Die Gesell-
schaft darf sich auch an
ähnlichen Unternehmungen
in jeder Rechtsform
beteiligen und Zweig-
niederlassungen errichten.
Stammkapital: 6 000 000
Mark. Geschäftsführer:
Oskar Arne Eslin, Inge-
nieur, Marau. Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung. Der Gesellschafts-
vertrag ist am 10. August
1923 festgesetzt. Sind meh-
rere Geschäftsführer be-
stellt, so wird die Gesell-
schaft durch zwei von ih-
nen oder durch einen Ge-
schäftsführer mit einem
Prokuristen vertreten. Die
öffentlichen Bekanntma-
chungen erfolgen in der
Karlsruher Zeitung.
Karlsruhe, 15. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht B 2.

Baden. T.422
In das Handelsregister
A ist eingetragen:
Zu Band VI O.-Z. 100

orten. Etwaige spätere Er-
weiterung des Abgabebie-
les bleibt vorbehalten.
Stammkapital: 12 000 000
Mark. Geschäftsführer: Jo-
hann Krebs, Großlauf-
mann, Karlsruhe. Der Ge-
sellschaftsvertrag ist am
26. Juli 1923 festgesetzt.
Die Bekanntmachungen der
Gesellschaft erfolgen in
Karlsruher Tagblatt.
Karlsruhe, 13. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht B II.

Baden. T.378
In das Handelsregister
B Band VIII O.-Z. 13 ist
zur Firma Maschinen-
vertriebsgesellschaft Karlsru-
he Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung, Karlsru-
he eingetragen: Die
Prokuren des Julius Pa-
ndi und der Elise Lehmann
sind erloschen.
Karlsruhe, 14. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht B II.

Baden. T.386
In das Handelsregister
B Band IX O.-Z. 18 ist
eingetragen: Firma und
Sitz: Karlsruher Rifenfabrik,
Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung, Karlsru-
he. Gegenstand des Un-
ternehmens: Handels-
schäfte jeder Art, nament-
lich die Herstellung u. der
Vertrieb von Rifen und
anderen Gebrauchsgegen-
ständen aus Holz. Die Ge-
sellschaft ist auch befug-
t, sich an anderen Unter-
nehmungen zu beteiligen.
Stammkapital: 20 000 000
Mark. Geschäftsführer:
Max L. Selen, Kaufmann,
Karlsruhe, Friedrich Vopp,
Schreinermeister daselbst.
Der Gesellschaftsvertrag ist
am 31. Juli 1923 festge-
setzt. Sind mehrere Ge-
schäftsführer bestellt, so
wird die Gesellschaft durch
zwei Geschäftsführer oder
durch einen Geschäftsführer
und einen Prokuristen ver-
treten. Der Geschäftsführer
Schreinermeister Friedrich
Vopp, Karlsruhe, bringt auf
Rechnung seiner
Stammkapital folgende
Vermögensstücke u. Schul-
den in die Gesellschaft ein:
1. die im Geschäftslokal be-
findlichen Maschinen und
sonstigen Gerätschaften,
insbesondere die Motoren
und die elektrischen An-
lagen, 2. Holzvorräte und
Außenstände im Gesamt-
wert von 525 000 000 M.
Verbindlichkeiten Mark
520 200 000, der Reinerwert
mit 4 800 000 M. stellt die
Stammkapital des Fried-
rich Vopp dar. Der Gesell-
schafter Max L. Stern teilt
seine Stammeinlage durch
Einbringen seiner
Darlehensforderung an
den Gesellschaftsleiter Vopp
in Höhe von 15 200 000 Mark.
Die Bekanntmachungen der
Gesellschaft erfolgen durch
die Karlsruher Zeitung.
Karlsruhe, 14. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht B II.

Baden. T.415
In das Handelsregister
B Band IX O.-Z. 19 ist
eingetragen: Firma und
Sitz: Kuhn-Chemische In-
dustrie-Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung, Karlsru-
he. Gegenstand des Un-
ternehmens: Die Fabrika-
tion und der Vertrieb von
radioaktiven, chemischen
und pharmazeutischen
Produkten. Die Gesell-
schaft darf sich auch an
ähnlichen Unternehmungen
in jeder Rechtsform
beteiligen und Zweig-
niederlassungen errichten.
Stammkapital: 6 000 000
Mark. Geschäftsführer:
Oskar Arne Eslin, Inge-
nieur, Marau. Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung. Der Gesellschafts-
vertrag ist am 10. August
1923 festgesetzt. Sind meh-
rere Geschäftsführer be-
stellt, so wird die Gesell-
schaft durch zwei von ih-
nen oder durch einen Ge-
schäftsführer mit einem
Prokuristen vertreten. Die
öffentlichen Bekanntma-
chungen erfolgen in der
Karlsruher Zeitung.
Karlsruhe, 15. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht B 2.

Baden. T.423
In das Handelsregister
B Band II O.-Z. 69 ist
zur Firma Rheinische Cre-
ditbank, Filiale Karlsruhe
eingetragen: Das Grund-
kapital ist gemäß dem be-
reits durchgeführten Be-
schluss der Generalver-
sammlung vom 23. Janu-
ar 1923 um 180 000 000 M.
erhöht durch Ausgabe von
180 000 auf den Inhaber lau-
tenden Aktien zu je 1000 M.
Die neuen Aktien werden
nicht unter 101 Proz. aus-
gegeben. Der Gesell-
schaftsvertrag ist der § 5
des Gesellschaftsvertrages
geändert worden.
Karlsruhe, 15. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht B II.

Baden. T.440
In das Handelsregister
B Band IX O.-Z. 22 ist
eingetragen: Firma und
Sitz: Gamoia Gesellschaft
mit beschränkter Haftung,
Fabrik homöopathischer
Heilmittel, Karlsruhe. Ge-
genstand des Unter-
nehmens: Die Herstellung u.
Vertrieb homöopathischer
Heilmittel. Die Ge-
sellschaft ist befug-
t, alle Art und Weise
Unternehmungen zu be-
treiben und zu erwerben,
welche zur Vervollstän-
digung der Fabrikation oder
desen Zweck dienen.
Stammkapital 6 000 000 M.
Geschäftsführer: Otto Rüdiger
Wieringer, Kaufmann,
Karlsruhe. Der Ge-
sellschaftsvertrag ist am
9. August 1923 festgesetzt.
Der Geschäftsführer Ni-
kolaius Berner, Sekretär
in Karlsruhe, bringt für
Rechnung seiner Stam-
meinlage die in seinem Be-
sitz befindlichen Medika-
mente im Wertanschlag
von 1 500 000 M. in die
Gesellschaft ein, womit
seine Stammeinlage ge-
leistet ist. Die öffentlichen
Bekanntmachungen der
Gesellschaft erfolgen in
der Badischen Presse.
Karlsruhe, 18. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht B 2.

Baden. T.441
In das Handelsregister
B Band I O.-Z. 78 ist
zur Firma Kunstdruckerei
Münsterberg Karlsruhe,
Gesellschaft mit beschränkter
Haftung, Karlsruhe,
eingetragen: Durch Ge-
sellschaftsbeschluss vom 6.
Februar 1923 ist das
Stammkapital um den
Betrag von 3 100 000 M.
auf 3 900 000 M. erhöht
und hiernach der Gesell-
schaftsvertrag geändert und
durch Einräumung von
Vorzugsstimmrecht an ge-
wissem Gesellschafter ergänzt
worden.
Karlsruhe, 17. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht B. 2.

Baden. T.442
In das Handelsregister
B Band IX O.-Z. 26 ist
eingetragen: Firma und
Sitz: Winterhalder &
Nische, Gesellschaft mit
beschränkter Haftung,
Karlsruhe. Gegenstand des
Unternehmens: Die Fort-
führung des bisher als
offene Handelsgesellschaft
unter der Firma Winter-
halder & Nische betrie-
benen Unternehmens, die
Herstellung von Kunststein
und von Bauten jeder
Art, die Fabrikation von

Eisenbetonflächen sowie die
Erwerbung von Patenten,
erwerblichen Schutzrechten
und Lizenzen, soweit sich
dieselben auf gewerblichen
Ausübung im Rahmen
des Unternehmens eignen.
Die Gesellschaft ist berech-
tigt, auf eigene wie auf
 fremde Rechnung zu han-
deln, u. sich an gleichartigen
oder ähnlichen Unter-
nehmungen tätig oder nur
mit Kapital zu beteiligen
und geeignete Unter-
nehmungen zu erwerben.
Stammkapital 5 000 000
Mark. Geschäftsführer:
Georg Winterhalder, In-
genieur u. Fritz Nische,
Architekt und Baunter-
nehmer, beide in Karlsru-
he. Der Gesellschafts-
vertrag ist am 27. Juli
1923 festgesetzt. Sind meh-
rere Geschäftsführer be-
stellt, so kann jeder Ge-
schäftsführer die Gesell-
schaft wirksam vertreten.
Die beiden Gesellschafter
Ingenieur Georg Winter-
halder und Architekt u.
Baunternehmer Fritz
Nische in Karlsruhe brin-
gen die sämtlichen Aktiven
und Passiven der offenen
Handelsgesellschaft Win-
terhalder & Nische, Ein-
lösbare auf Grund der
Bilanz per 31. Dezember
1922 mit Wirkung vom 1.
Januar 1923 in die Ge-
sellschaft ein. Die Aktiven
betragen nach dem Ein-
bringungsprotokoll 6 792 759,81
Mark, die Passiven mit
1 762 759,81 M. Es ergibt
sich also ein Kapitalkonto
von 5 000 000 M., das je
zur Hälfte den Stammein-
lagen der beiden Ge-
sellschafter angedreht wird,
so daß diese je 2 500 000 M.
Die Bekanntmachungen
der Gesellschaft erfolgen
im Deutschen Reichsanzei-
ger. Die im Reichsanzei-
ger A Band V O.-Z. 61
eingetragene offene Hand-
elsgesellschaft in Firma
Winterhalder & Nische
Eisenbeton, Karlsruhe, ist
aufgehoben; die Firma ist
erloschen.
Karlsruhe, 17. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht B 2.

Baden. T.410
Handelsregister B O.-
Z. 17, Firma Bierhaus a.
Sach. G. m. b. H. in Kon-
stanz: Der Geschäftsführer
Jakob Schnitler in
Konstanz ist ausgeschieden
und seine Vertretungsbe-
vollmächtigung erloschen.
Die Firma ist geändert in
„Sach. G. m. b. H. in Kon-
stanz“. Ferner wurden
§§ 7 und 8 des Gesell-
schaftsvertrages dahin ge-
ändert, daß die Gesell-
schaft einen oder mehrere
Geschäftsführer haben
kann und durch sie rechts-
verbindlich vertreten wird.
Sind mehrere Geschäfts-
führer bestellt, so kann bei
der Bestellung derselben
bestimmt werden, daß zwei
oder mehr Geschäftsführer
die Gesellschaft gemein-
schaftlich zu vertreten
haben.
Handelsregister B O.-
Z. 98: Die Firma: Fabrik
für Industriebier, Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung in Konstanz. Ge-
genstand des Unter-
nehmens ist der Betrieb von
Fabrikations- und Honig-
geschäften aller Art,
insbesondere die Erri-
chtung und der Betrieb einer
Fabrik von Waschnest-
teilen. Die Gesellschaft
kann sich auch bei anderen
Unternehmungen in jeder
Form beteiligen. Das
Stammkapital beträgt 20
Millionen Mark. Der Ge-
sellschaftsvertrag wurde am
14. Juli 1923 festgesetzt.
Zum Geschäftsführer ist
bestellt: Rechtsanwalt Dr.
Gunnar Baur in Konstanz.
Zu Geschäftsführern Kin-
nen eine oder mehrere
Personen bestellt werden.
Jeder Geschäftsführer ist
für sich allein zur Vertre-
tung der Gesellschaft be-
rechtigt. Die öffentlich vor-
geschriebenen Bekanntma-
chungen der Gesellschaft
erfolgen im Deutschen
Reichsanzeiger.
Konstanz, 14. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht I.

Baden. T.424
Handelsregisteramt
Abt. B O.-Z. 76:
Firma Sonnenwerthe, Al-
tengeseellschaft in Laß.
Der Gesellschaftsvertrag
ist am 6. Januar 1923 u.
13. August 1923 errichtet.
Gegenstand des Unter-
nehmens ist die Herstellung
und Lieferung von bau-
lichen oder industriellen An-
lagen jeder Art, insbeson-
dere von Eisen- und Stah-
konstruktionen, der Betrieb
der zur Herstellung erforder-
lichen Fabriken, Werk-
stätten, Sägewerken usw.
evtl. auch der Holzstoff-
werke wie Gruben u. dal.
der An- und Verkauf von
Bauten oder Einrichtun-
gen für industrielle u. ge-
werbliche Zwecke sowie der
Handel für alle hierbei in
Betracht kommenden Ar-
tikel, insbesondere mit
Eisen und Holz jeder Art.
Sie ist außerdem berech-
tigt, sich an anderen Un-
ternehmungen in jeder
Form zu beteiligen und
mit Genehmigung des
Aufsichtsrates Zweignie-
derlassungen im In- und
Auslande zu errichten.
Das Grundkapital beträgt
5 000 000 M. und ist zer-
legt in 500 auf den Inha-
ber lautenden Aktien über
je 10 000 Mark, die zum
Nennwert ausgegeben
werden. Zum Vorstand ist
Ingenieur Josef Honnef
in Laß bestellt. Die Mit-
glieder des Vorstandes
werden durch den Auf-
sichtsrat bestellt und abbe-
rufen. Das gleiche Recht
sicht auch der Generalver-
sammlung der Aktionäre
zu. Besteht der Vorstand
aus mehreren Personen,
so wird die Gesellschaft
durch zwei Vorstandsmit-
glieder vertreten. Die
Generalversammlung der
Aktionäre kann aber einem
Vorstandsmitglied die Allein-
vertretungsbevollmächtigung
erteilen. Die Berufung der
Generalversammlung der
Aktionäre erfolgt durch
öffentliche Bekanntmachung,
die mindestens 20 Tage
vor dem anberaumten
Termin veröffentlicht sein
muss. Die Bekanntmachun-
gen der Gesellschaft er-
folgen durch einmalige Ver-
öffentlichung im Deutschen
Reichsanzeiger, soweit nicht
durch Beschluß der General-
versammlung beschlossen
eine mehrmalige Bekannt-
machung angeordnet wird.
Der Aufsichtsrat kann be-
stimmen, ob u. in welchen
anderen Zeitungen Be-
kannmachungen noch
erfolgen sollen. Gründer
der Gesellschaft, die sämtl.
Aktien übernommen haben,
sind: Hermann Honnef,
Ingenieur in Heidelberg,
Hubert Hoff, Professor in
Heidelberg, Heinz Honnef,
Eigentümer in Heidelberg,
Jakob Honnef Ingenieur
in Dinglingen und Her-
mann Premer, Oberin-
genieur in Dinglingen. Der
Gründer Hermann Honnef
in Heidelberg bringt in
Anrechnung auf das
Grundkapital als Einleger
in die Gesellschaft ein-
folgende Grundstücke der
Gemarkung Dinglingen:
Lsg.-Nr. 4847/2, 4847/3 in
der Wüstmatte, Lsg.-Nr.
2889/6, 2889/8 im Ding-
linger Allmend, Lsg.-Nr.
2746/5 und 2905 in der
Wüstmatte, Lsg.-Nr.
2880/8 im Dinglinger Al-
lment, mit einem Gesamt-
flächengehalt von 5 ha 66 a
72 qm aufgeschlossenes In-
dustriegebiet mit Gebäu-
lichkeiten, Gleisanlagen
Straßen, Entwässerungs-
anlagen sowie Elektrizi-
tät- und Wasseranschluß.
Hierfür gewährt die Ge-
sellschaft dem Einleger
408 Stück Aktien über je
10 000 M. Zu Mitglie-
dern des ersten Aufsicht-
rates sind bestellt: Her-
mann Honnef, Ingenieur
in Heidelberg, Hubert
Hoff, Professor in Baden
und Ammo Albrecht,
Rechtsanwalt und Notar
in Gießen. Von den mit
der Anmeldung der Ge-
sellschaft eingereichten
Schriftstücken, insbeson-
dere von dem Prüfungs-

Baden. T.425
In das Handelsregister
B Band II O.-Z. 69 ist
zur Firma Rheinische Cre-
ditbank, Filiale Karlsruhe
eingetragen: Das Grund-
kapital ist gemäß dem be-
reits durchgeführten Be-
schluss der Generalver-
sammlung vom 23. Janu-
ar 1923 um 180 000 000 M.
erhöht durch Ausgabe von
180 000 auf den Inhaber lau-
tenden Aktien zu je 1000 M.
Die neuen Aktien werden
nicht unter 101 Proz. aus-
gegeben. Der Gesell-
schaftsvertrag ist der § 5
des Gesellschaftsvertrages
geändert worden.
Karlsruhe, 15. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht B II.

Baden. T.440
In das Handelsregister
B Band IX O.-Z. 22 ist
eingetragen: Firma und
Sitz: Gamoia Gesellschaft
mit beschränkter Haftung,
Fabrik homöopathischer
Heilmittel, Karlsruhe. Ge-
genstand des Unter-
nehmens: Die Herstellung u.
Vertrieb homöopathischer
Heilmittel. Die Ge-
sellschaft ist befug-
t, alle Art und Weise
Unternehmungen zu be-
treiben und zu erwerben,
welche zur Vervollstän-
digung der Fabrikation oder
desen Zweck dienen.
Stammkapital 6 000 000 M.
Geschäftsführer: Otto Rüdiger
Wieringer, Kaufmann,
Karlsruhe. Der Ge-
sellschaftsvertrag ist am
9. August 1923 festgesetzt.
Der Geschäftsführer Ni-
kolaius Berner, Sekretär
in Karlsruhe, bringt für
Rechnung seiner Stam-
meinlage die in seinem Be-
sitz befindlichen Medika-
mente im Wertanschlag
von 1 500 000 M. in die
Gesellschaft ein, womit
seine Stammeinlage ge-
leistet ist. Die öffentlichen
Bekanntmachungen der
Gesellschaft erfolgen in
der Badischen Presse.
Karlsruhe, 18. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht B 2.

Baden. T.441
In das Handelsregister
B Band I O.-Z. 78 ist
zur Firma Kunstdruckerei
Münsterberg Karlsruhe,
Gesellschaft mit beschränkter
Haftung, Karlsruhe,
eingetragen: Durch Ge-
sellschaftsbeschluss vom 6.
Februar 1923 ist das
Stammkapital um den
Betrag von 3 100 000 M.
auf 3 900 000 M. erhöht
und hiernach der Gesell-
schaftsvertrag geändert und
durch Einräumung von
Vorzugsstimmrecht an ge-
wissem Gesellschafter ergänzt
worden.
Karlsruhe, 17. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht B. 2.

Baden. T.442
In das Handelsregister
B Band IX O.-Z. 26 ist
eingetragen: Firma und
Sitz: Winterhalder &
Nische, Gesellschaft mit
beschränkter Haftung,
Karlsruhe. Gegenstand des
Unternehmens: Die Fort-
führung des bisher als
offene Handelsgesellschaft
unter der Firma Winter-
halder & Nische betrie-
benen Unternehmens, die
Herstellung von Kunststein
und von Bauten jeder
Art, die Fabrikation von

Eisenbetonflächen sowie die
Erwerbung von Patenten,
erwerblichen Schutzrechten
und Lizenzen, soweit sich
dieselben auf gewerblichen
Ausübung im Rahmen
des Unternehmens eignen.
Die Gesellschaft ist berech-
tigt, auf eigene wie auf
 fremde Rechnung zu han-
deln, u. sich an gleichartigen
oder ähnlichen Unter-
nehmungen tätig oder nur
mit Kapital zu beteiligen
und geeignete Unter-
nehmungen zu erwerben.
Stammkapital 5 000 000
Mark. Geschäftsführer:
Georg Winterhalder, In-
genieur u. Fritz Nische,
Architekt und Baunter-
nehmer, beide in Karlsru-
he. Der Gesellschafts-
vertrag ist am 27. Juli
1923 festgesetzt. Sind meh-
rere Geschäftsführer be-
stellt, so kann jeder Ge-
schäftsführer die Gesell-
schaft wirksam vertreten.
Die beiden Gesellschafter
Ingenieur Georg Winter-
halder und Architekt u.
Baunternehmer Fritz
Nische in Karlsruhe brin-
gen die sämtlichen Aktiven
und Passiven der offenen
Handelsgesellschaft Win-
terhalder & Nische, Ein-
lösbare auf Grund der
Bilanz per 31. Dezember
1922 mit Wirkung vom 1.
Januar 1923 in die Ge-
sellschaft ein. Die Aktiven
betragen nach dem Ein-
bringungsprotokoll 6 792 759,81
Mark, die Passiven mit
1 762 759,81 M. Es ergibt
sich also ein Kapitalkonto
von 5 000 000 M., das je
zur Hälfte den Stammein-
lagen der beiden Ge-
sellschafter angedreht wird,
so daß diese je 2 500 000 M.
Die Bekanntmachungen
der Gesellschaft erfolgen
im Deutschen Reichsanzei-
ger. Die im Reichsanzei-
ger A Band V O.-Z. 61
eingetragene offene Hand-
elsgesellschaft in Firma
Winterhalder & Nische
Eisenbeton, Karlsruhe, ist
aufgehoben; die Firma ist
erloschen.
Karlsruhe, 17. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht B 2.

Baden. T.410
Handelsregister B O.-
Z. 17, Firma Bierhaus a.
Sach. G. m. b. H. in Kon-
stanz: Der Geschäftsführer
Jakob Schnitler in
Konstanz ist ausgeschieden
und seine Vertretungsbe-
vollmächtigung erloschen.
Die Firma ist geändert in
„Sach. G. m. b. H. in Kon-
stanz“. Ferner wurden
§§ 7 und 8 des Gesell-
schaftsvertrages dahin ge-
ändert, daß die Gesell-
schaft einen oder mehrere
Geschäftsführer haben
kann und durch sie rechts-
verbindlich vertreten wird.
Sind mehrere Geschäfts-
führer bestellt, so kann bei
der Bestellung derselben
bestimmt werden, daß zwei
oder mehr Geschäftsführer
die Gesellschaft gemein-
schaftlich zu vertreten
haben.
Handelsregister B O.-
Z. 98: Die Firma: Fabrik
für Industriebier, Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung in Konstanz. Ge-
genstand des Unter-
nehmens ist der Betrieb von
Fabrikations- und Honig-
geschäften aller Art,
insbesondere die Erri-
chtung und der Betrieb einer
Fabrik von Waschnest-
teilen. Die Gesellschaft
kann sich auch bei anderen
Unternehmungen in jeder
Form beteiligen. Das
Stammkapital beträgt 20
Millionen Mark. Der Ge-
sellschaftsvertrag wurde am
14. Juli 1923 festgesetzt.
Zum Geschäftsführer ist
bestellt: Rechtsanwalt Dr.
Gunnar Baur in Konstanz.
Zu Geschäftsführern Kin-
nen eine oder mehrere
Personen bestellt werden.
Jeder Geschäftsführer ist
für sich allein zur Vertre-
tung der Gesellschaft be-
rechtigt. Die öffentlich vor-
geschriebenen Bekanntma-
chungen der Gesellschaft
erfolgen im Deutschen
Reichsanzeiger.
Konstanz, 14. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht I.

Baden. T.410
Handelsregister B O.-
Z. 17, Firma Bierhaus a.
Sach. G. m. b. H. in Kon-
stanz: Der Geschäftsführer
Jakob Schnitler in
Konstanz ist ausgeschieden
und seine Vertretungsbe-
vollmächtigung erloschen.
Die Firma ist geändert in
„Sach. G. m. b. H. in Kon-
stanz“. Ferner wurden
§§ 7 und 8 des Gesell-
schaftsvertrages dahin ge-
ändert, daß die Gesell-
schaft einen oder mehrere
Geschäftsführer haben
kann und durch sie rechts-
verbindlich vertreten wird.
Sind mehrere Geschäfts-
führer bestellt, so kann bei
der Bestellung derselben
bestimmt werden, daß zwei
oder mehr Geschäftsführer
die Gesellschaft gemein-
schaftlich zu vertreten
haben.
Handelsregister B O.-
Z. 98: Die Firma: Fabrik
für Industriebier, Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung in Konstanz. Ge-
genstand des Unter-
nehmens ist der Betrieb von
Fabrikations- und Honig-
geschäften aller Art,
insbesondere die Erri-
chtung und der Betrieb einer
Fabrik von Waschnest-
teilen. Die Gesellschaft
kann sich auch bei anderen
Unternehmungen in jeder
Form beteiligen. Das
Stammkapital beträgt 20
Millionen Mark. Der Ge-
sellschaftsvertrag wurde am
14. Juli 1923 festgesetzt.
Zum Geschäftsführer ist
bestellt: Rechtsanwalt Dr.
Gunnar Baur in Konstanz.
Zu Geschäftsführern Kin-
nen eine oder mehrere
Personen bestellt werden.
Jeder Geschäftsführer ist
für sich allein zur Vertre-
tung der Gesellschaft be-
rechtigt. Die öffentlich vor-
geschriebenen Bekanntma-
chungen der Gesellschaft
erfolgen im Deutschen
Reichsanzeiger.
Konstanz, 14. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht I.

Baden. T.410
Handelsregister B O.-
Z. 17, Firma Bierhaus a.
Sach. G. m. b. H. in Kon-
stanz: Der Geschäftsführer
Jakob Schnitler in
Konstanz ist ausgeschieden
und seine Vertretungsbe-
vollmächtigung erloschen.
Die Firma ist geändert in
„Sach. G. m. b. H. in Kon-
stanz“. Ferner wurden
§§ 7 und 8 des Gesell-
schaftsvertrages dahin ge-
ändert, daß die Gesell-
schaft einen oder mehrere
Geschäftsführer haben
kann und durch sie rechts-
verbindlich vertreten wird.
Sind mehrere Geschäfts-
führer bestellt, so kann bei
der Bestellung derselben
bestimmt werden, daß zwei
oder mehr Geschäftsführer
die Gesellschaft gemein-
schaftlich zu vertreten
haben.
Handelsregister B O.-
Z. 98: Die Firma: Fabrik
für Industriebier, Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung in Konstanz. Ge-
genstand des Unter-
nehmens ist der Betrieb von
Fabrikations- und Honig-
geschäften aller Art,
insbesondere die Erri-
chtung und der Betrieb einer
Fabrik von Waschnest-
teilen. Die Gesellschaft
kann sich auch bei anderen
Unternehmungen in jeder
Form beteiligen. Das
Stammkapital beträgt 20
Millionen Mark. Der Ge-
sellschaftsvertrag wurde am
14. Juli 1923 festgesetzt.
Zum Geschäftsführer ist
bestellt: Rechtsanwalt Dr.
Gunnar Baur in Konstanz.
Zu Geschäftsführern Kin-
nen eine oder mehrere
Personen bestellt werden.
Jeder Geschäftsführer ist
für

berichte des Vorstandes, des Aufsichtsrates und der Revisoren kann bei dem Gerichte, von dem Prüfungsberechtigter der Revisoren auch bei der Handelskammer hier Einsicht genommen werden.
Lahr, 13. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht.

Lahr. T.430
Handelsregister-Eintrag
Lahr Abt. A Band II O.-R. 128; Firma Robert Nestler, Wellpappenfabrik in Dinglingen. Inhaber Robert Nestler, Fabrikant in Dinglingen.
Lahr, 14. August 1923.
Bad. Amtsgericht.

Vörrach. T.426
Handelsregister-Eintrag
Abt. II Abt. B O.-R. 10; „Badische Baugesellschaft“ m. beschränkter Haftung, Zweigstelle Södingen, Weil bei Vörrach mit Sitz in Weil. Die Zweigniederlassung in Weil ist aufgehoben.
Vörrach, 10. Aug. 1923.
Amtsgericht I.

Vörrach. T.426
Handelsregister-Eintrag
Abt. A Band IV O.-R. 112; „Abt. Kerre, Vörrach“. Inhaber: Adolf Kerre, Fabrikant, Vörrach.
Vörrach, 10. Aug. 1923.
Amtsgericht I.

Vörrach. T.427
Handelsregister-Eintrag
Band I O.-R. 34; „Eisenbau Wöhler, Aktiengesellschaft“ Wöhler. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 4. Juni 1923 sind die §§ 1 bis 3, 6 bis 24, 26 des Gesellschaftsvertrages geändert sowie überhaupt der ganze Gesellschaftsvertrag neu gefasst. Der Gegenstand des Unternehmens erhielt folgenden Zusatz: „Die Gesellschaft kann im In- und Ausland Zweigniederlassungen errichten sowie sich bei ähnlichen Unternehmungen beteiligen.“ Die Bekanntmachung über die Berufung der Generalversammlung muß in Deutschen Reichsanzeiger mindestens 3 Wochen vor der Generalversammlung veröffentlicht werden; der Tag der Bekanntmachung und der Versammlung ist hierbei nicht mitzurechnen.
Vörrach, 10. Aug. 1923
Amtsgericht I.

Vörrach. T.443
Handelsregister-Eintrag
Abt. A Band I O.-R. 92; „Karl Maier, Vörrach“. Dem Kaufmann Otto Maier in Vörrach ist Procura erteilt.
Vörrach, 10. Aug. 1923.
Amtsgericht I.

Mannheim. T.302
Zum Handelsregister B Band VII O.-R. 15, Firma „Mhenania“ Expeditionsgesellschaft mit beschränkter Haftung vorm. Leon Weiß in Mannheim, wurde heute eingetragen: Ernst Weiß, Kehl, ist als Prokurist mit der Mahnung bestellt, daß er gemeinsam mit einem Geschäftsführer oder einem anderen Prokuristen zeichnungsbevollmächtigt ist.
Mannheim, 24. Juli 1923.
Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. T.303
Zum Handelsregister B Band XV O.-R. 26, Firma „Südwestdeutsche Handelsgesellschaft“ mit beschränkter Haftung in Mannheim, wurde heute eingetragen: Edmund Kappes ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Willi Silber, Berlin, Olga Helterhoff, Berlin, sind als Geschäftsführer bestellt. Der Gesellschaftsvertrag ist durch den Beschluss der Generalversammlung vom 18. Juli 1923 in § 2 (Sitz der Gesellschaft) geändert. Der Sitz der Gesellschaft ist jetzt Berlin.
Mannheim, 24. Juli 1923.
Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. T.304
Zum Handelsregister B Band XIX O.-R. 52, Firma „Moenania Aktiengesellschaft für chemische und pharmazeutische Erzeugnisse“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Die

Prokura des Adolf Schöber und des Hermann Feiler ist erloschen. Theodor Raut ist aus dem Vorstände ausgeschieden.
Mannheim, 24. Juli 1923.
Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. T.305
Zum Handelsregister B Band VIII O.-R. 17, Firma „D. Schmid & Cie. Aktiengesellschaft“ in Mannheim. Zweigniederlassung, Sitz in Hamburg, wurde heute eingetragen: Durch den Beschluss der Generalversammlung vom 30. Juni 1923 ist der Gesellschaftsvertrag in § 21 (Aufwandsentschädigung des Aufsichtsrats) entsprechend der eingereichten Niederschrift, auf die Bezug genommen wird, geändert.
Mannheim, 25. Juli 1923.
Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. T.306
Zum Handelsregister B Band XIX O.-R. 23, Firma „Württembergische Metallwarenfabrik“ in Mannheim. Zweigniederlassung, Sitz in Geislingen, wurde heute eingetragen: Die Prokura des Friedrich Veit ist erloschen. Zu stellvertretenden Vorstandsmitgliedern sind bestellt worden: Friedrich Veit, Kaufmann, Geislingen, und Adolf Kaufmann, Kaufmann, Göppingen.
Mannheim, 25. Juli 1923.
Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. T.307
Zum Handelsregister B Band XXI O.-R. 35, Firma „Gebr. Sproß & Co. Aktiengesellschaft“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Die Gesellschaft ist durch den Beschluss der Generalversammlung vom 2. Mai 1922 aufgelöst. Die bisherigen Geschäftsführer Georg Sproß, Jakob Sproß und Emil Michel sind Liquidatoren. Die Liquidation ist durchgeführt. Die Firma ist erloschen.
Mannheim, 25. Juli 1923.
Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. T.308
Zum Handelsregister B Band XXV O.-R. 35, Firma „Großhandels-Aktiengesellschaft für Getreide und Mühlenfabrikate, Zweigniederlassung Mannheim“ in Mannheim, als Zweigniederlassung der Firma „Großhandels-Aktiengesellschaft für Getreide und Mühlenfabrikate“ in Charlottenburg, wurde heute eingetragen: Die Zweigniederlassung ist aufgehoben.
Mannheim, 25. Juli 1923.
Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. T.309
Zum Handelsregister B Band XVI O.-R. 5, Firma „Gesellschaft für überseeische Produkte mit beschränkter Haftung“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Die Prokura des Richard Bromm ist erloschen. Stefan Blum ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Kaufmann Richard Bronn, Mannheim, ist als Geschäftsführer bestellt.
Mannheim, 26. Juli 1923.
Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. T.310
Zum Handelsregister B Band XXIII O.-R. 24, Firma „Elektrotechnische Fabrik Aktiengesellschaft“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Durch den Beschluss der Generalversammlung vom 6. Juli 1923 ist der Gesellschaftsvertrag in § 22 (Gewinnbeteiligung neuer Aktien) geändert.
Mannheim, 26. Juli 1923.
Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. T.311
Zum Handelsregister B Band XXV O.-R. 54, Firma „Südwestdeutsche Bauindustrie Aktiengesellschaft“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Das Grundkapital ist gemäß dem bereits durchgeführten Beschlusse der Generalversammlung vom 30. Juni 1923 um 195 000 000 M. durch Ausgabe von 19 100 auf den Inhaber lautenden Stammaktien über je 10 000 M. und 50 auf

lautenden Vorzugsaktien über je 50 000 M. erhöht und beträgt jetzt 200 Millionen Mark. Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Generalversammlung vom 30. Juni 1923 in § 3 (Grundkapital, Aktieneinteilung) geändert. Die neuen Aktien werden zum Kurse von 100 Proz. ausgegeben.
Mannheim, 26. Juli 1923.
Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. T.340
Zum Handelsregister B Band XX O.-R. 47, Firma „Hermann Benitz, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim-Rheinau, wurde heute eingetragen: Kurt Remonazini ist als Einzelprokurist bestellt.
Mannheim, 30. Juli 1923.
Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Forstheim. T.513
Handelsregister-Eintrag
1. Die Firma Oscar Seibert in Forstheim ist erloschen.
2. Firma Karl Bürkle in Forstheim, Salierstr. 46. Inhaber ist Fabrikant Karl Bürkle in Forstheim. (Angegebener Geschäftszweig: Schmiedewarenfabrikation.)
3. Firma Witz & Wimbödel in Forstheim, Dohenzollernstr. 35. Persönlich haftende Gesellschafter: Kaufleute Georg Witz u. Wilhelm Theodor Wimbödel in Forstheim. Offene Handelsgesellschaft seit 1. Mai 1923. (Angegebener Geschäftszweig: Kolonialwarenhandlung.)
Amtsgericht Forstheim.

Forstheim. T.514
Handelsregister-Eintrag
Firma Schmidt & Histenmaier, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Forstheim, Jähringer Allee 19. Gesellschaftsvertrag vom 2. Juli 1923. Der Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Speditionen, Transport- und Frachtgeschäften und allen ähnlichen Geschäften, insbesondere auch die Beteiligung an Geschäften der vorerwähnten Art. Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft auch befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an gleichen oder ähnlichen Unternehmungen zu beteiligen oder deren Vertretung zu übernehmen. Geschäftsführer sind: Major a. D. Oskar Schmidt in Unterriedenbach u. Kaufmann Julius Histenmaier in Ludwigsbafen a. Rh. Jeder Geschäftsführer ist zur Vertretung der Gesellschaft befugt. Stammkapital: 1 Million Mark.
Amtsgericht Forstheim.

Philippsthal. T.444
In das Handelsregister Philippsthal A Band 1 wurde eingetragen:
Zu O.-R. 52: Firma Kaufhaus Johann Gillar in Philippsthal, zu O.-R. 93: Firma Karl Scheider, Philippsthal, zu O.-R. 102: Firma Georg Sahn, Philippsthal, zu O.-R. 109: Firma Zeitlind Gutmann, Philippsthal, zu O.-R. 114: Firma Dampfsegelei August Belter, Oberhausen. Die Firma ist erloschen.
Zu O.-R. 10: Gebrüder Gutmann, Philippsthal: Die Gesellschaft ist durch den Tod des Nathan Gutmann aufgelöst. Moritz Haber Witwe hier ist jetzt alleinige Inhaberin der Firma.
Zu O.-R. 116: Geschwister Ebb, Philippsthal: Karoline Ebb hier ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. An deren Stelle ist Kaufmann Nathan Ebb hier als persönlich haftender Gesellschafter eingetragen.
Zu O.-R. 132: Firma Ludwig Rudolf, Wiesental. Inhaber: Ludwig Rudolf, Bädermeister in Wiesental.
Zu O.-R. 133: Firma Samuel Gutmann, Philippsthal. Inhaber: Samuel Gutmann, Kaufmann in Philippsthal.

Philippsthal. T.445
In das Handelsregister Philippsthal A Band 1 wurde eingetragen:
Zu O.-R. 83 ist bei der Firma Rheinische Kreditbank Niederlassung Singen — Hauptst. Mannheim — eingetragen: Das Grundkapital ist erhöht um 180 000 000 M. und beträgt jetzt 420 000 000 M. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 23. Januar 1923 ist der Gesellschaftsvertrag in § 5 (Grundkapital) abgeändert.
Radolfzell, 16. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht I.

Radolfzell. T.448
Zum Handelsregister A Band II, O.-R. 98 ist eingetragen die Firma Glatz-Schwäbzer & Co. in Radolfzell. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Heinrich Glatz und Johann Schwäbzer beide Kaufleute in Radolfzell. Offene Handelsgesellschaft; Beginn: 1. August 1923. Jeder Gesellschafter zeichnet selbstständig. Angegebener Geschäftszweig: Lebensmittel.
Radolfzell, 16. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht I.

Radolfzell. T.449
Zum Handelsregister B O.-R. 2 ist bei der Firma Aktiengesellschaft der Eisen-

und Stahlwerke vorm. Georg Fischer in Schaffhausen — Zweigniederlassung Singen — eingetragen: Zu Vorstandsmitgliedern sind bestellt: Gottlieb Zündel, Kaufmann und Dr. Julius Bühler, Kaufmann, beide in Schaffhausen; dieselben zeichnen die Firma gemeinschaftlich oder jeder für sich in Gemeinschaft mit einem Prokuristen. Zum Prokuristen ist bestellt: Philipp Wubb, Kaufmann in Singen; dieser zeichnet in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied oder mit einem anderen Prokuristen. In gleicher Weise zeichnen die übrigen Prokuristen.
Radolfzell, 16. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht I.

Radolfzell. T.460
Zum Handelsregister B O.-R. 29 ist bei der Firma Radolfzeller Gef. m. b. H. in Radolfzell eingetragen: Dem Kaufmann Valentin Hohmann in Radolfzell ist Procura erteilt; er zeichnet die Firma in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder einem Prokuristen.
Radolfzell, 10. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht I.

Radolfzell. T.460
Zum Handelsregister B O.-R. 29 ist bei der Firma Radolfzeller Gef. m. b. H. in Radolfzell eingetragen: Dem Kaufmann Valentin Hohmann in Radolfzell ist Procura erteilt; er zeichnet die Firma in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder einem Prokuristen.
Radolfzell, 10. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht I.

Radolfzell. T.460
Zum Handelsregister B O.-R. 29 ist bei der Firma Radolfzeller Gef. m. b. H. in Radolfzell eingetragen: Dem Kaufmann Valentin Hohmann in Radolfzell ist Procura erteilt; er zeichnet die Firma in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder einem Prokuristen.
Radolfzell, 10. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht I.

Radolfzell. T.460
Zum Handelsregister B O.-R. 29 ist bei der Firma Radolfzeller Gef. m. b. H. in Radolfzell eingetragen: Dem Kaufmann Valentin Hohmann in Radolfzell ist Procura erteilt; er zeichnet die Firma in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder einem Prokuristen.
Radolfzell, 10. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht I.

Radolfzell. T.460
Zum Handelsregister B O.-R. 29 ist bei der Firma Radolfzeller Gef. m. b. H. in Radolfzell eingetragen: Dem Kaufmann Valentin Hohmann in Radolfzell ist Procura erteilt; er zeichnet die Firma in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder einem Prokuristen.
Radolfzell, 10. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht I.

Radolfzell. T.460
Zum Handelsregister B O.-R. 29 ist bei der Firma Radolfzeller Gef. m. b. H. in Radolfzell eingetragen: Dem Kaufmann Valentin Hohmann in Radolfzell ist Procura erteilt; er zeichnet die Firma in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder einem Prokuristen.
Radolfzell, 10. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht I.

Radolfzell. T.460
Zum Handelsregister B O.-R. 29 ist bei der Firma Radolfzeller Gef. m. b. H. in Radolfzell eingetragen: Dem Kaufmann Valentin Hohmann in Radolfzell ist Procura erteilt; er zeichnet die Firma in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder einem Prokuristen.
Radolfzell, 10. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht I.

Radolfzell. T.460
Zum Handelsregister B O.-R. 29 ist bei der Firma Radolfzeller Gef. m. b. H. in Radolfzell eingetragen: Dem Kaufmann Valentin Hohmann in Radolfzell ist Procura erteilt; er zeichnet die Firma in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder einem Prokuristen.
Radolfzell, 10. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht I.

Radolfzell. T.460
Zum Handelsregister B O.-R. 29 ist bei der Firma Radolfzeller Gef. m. b. H. in Radolfzell eingetragen: Dem Kaufmann Valentin Hohmann in Radolfzell ist Procura erteilt; er zeichnet die Firma in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder einem Prokuristen.
Radolfzell, 10. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht I.

Radolfzell. T.460
Zum Handelsregister B O.-R. 29 ist bei der Firma Radolfzeller Gef. m. b. H. in Radolfzell eingetragen: Dem Kaufmann Valentin Hohmann in Radolfzell ist Procura erteilt; er zeichnet die Firma in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder einem Prokuristen.
Radolfzell, 10. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht I.

Radolfzell. T.460
Zum Handelsregister B O.-R. 29 ist bei der Firma Radolfzeller Gef. m. b. H. in Radolfzell eingetragen: Dem Kaufmann Valentin Hohmann in Radolfzell ist Procura erteilt; er zeichnet die Firma in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder einem Prokuristen.
Radolfzell, 10. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht I.

Schoffheim. T.446
Zum Handelsregister B O.-R. 17, Mehra Aktiengesellschaft, Leppich- und Mäbelschneiderei, Wehr wurde heute eingetragen: Gemäß dem bereits durchgeführten Beschlusse der Generalversammlung vom 21. Juli 1923 ist das Grundkapital um 14 Millionen Mark auf 21 Millionen Mark erhöht worden. Außerdem sind die §§ 8a und d sowie 9 des Gesellschaftsvertrages geändert worden.
Schoffheim, 15. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht.

Sinsheim. T.451
Handelsregister-Eintrag: Firma Siegfried Weib G. m. b. H., Steinsfurt: Dem Kaufmann Julius Weib in Steinsfurt ist Procura erteilt.
Sinsheim, 16. Aug. 1923.
Bad. Amtsgericht.

Trübingen. T.484
Handelsregister-Eintrag A Band II O.-R. 50: Retterer & Hummel, Auszubehörer und Werkzeugfabrik Kommanditgesellschaft in Furtwangen wurde eingetragen: Die Firma ist erloschen.
Trübingen, 2. August 1923.
Der Geschäftsführer des Bad. Amtsgerichts.

Trübingen. T.483
Handelsregister-Eintrag B Band III O.-R. 24: Retterer & Hummel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Furtwangen. Gegenstand des Unternehmens ist Fabrikation und Verkauf von Autozubehör u. Werkzeugen jeder Art, sowie ähnlicher Artikel. Berechtigung andere Unternehmungen zu erwerben bzw. selbst zu errichten, zu betreiben, wieder zu veräußern und Fiskalen im In- und Ausland zu errichten. Stammkapital: 2400 000 M. Geschäftsführer sind: Emil Retterer, Kaufmann, Berlin, Hummel, Mechaniker, und Emil Brugger, Kaufmann, alle in Furtwangen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 29. Juni 1923 befristet. Jeder Geschäftsführer ist allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt.
Trübingen, 6. August 1923.
Bad. Amtsgericht I.

Trübingen. T.483
Handelsregister-Eintrag B Band III O.-R. 24: Retterer & Hummel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Furtwangen. Gegenstand des Unternehmens ist Fabrikation und Verkauf von Autozubehör u. Werkzeugen jeder Art, sowie ähnlicher Artikel. Berechtigung andere Unternehmungen zu erwerben bzw. selbst zu errichten, zu betreiben, wieder zu veräußern und Fiskalen im In- und Ausland zu errichten. Stammkapital: 2400 000 M. Geschäftsführer sind: Emil Retterer, Kaufmann, Berlin, Hummel, Mechaniker, und Emil Brugger, Kaufmann, alle in Furtwangen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 29. Juni 1923 befristet. Jeder Geschäftsführer ist allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt.
Trübingen, 6. August 1923.
Bad. Amtsgericht I.

Trübingen. T.483
Handelsregister-Eintrag B Band III O.-R. 24: Retterer & Hummel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Furtwangen. Gegenstand des Unternehmens ist Fabrikation und Verkauf von Autozubehör u. Werkzeugen jeder Art, sowie ähnlicher Artikel. Berechtigung andere Unternehmungen zu erwerben bzw. selbst zu errichten, zu betreiben, wieder zu veräußern und Fiskalen im In- und Ausland zu errichten. Stammkapital: 2400 000 M. Geschäftsführer sind: Emil Retterer, Kaufmann, Berlin, Hummel, Mechaniker, und Emil Brugger, Kaufmann, alle in Furtwangen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 29. Juni 1923 befristet. Jeder Geschäftsführer ist allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt.
Trübingen, 6. August 1923.
Bad. Amtsgericht I.

Trübingen. T.483
Handelsregister-Eintrag B Band III O.-R. 24: Retterer & Hummel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Furtwangen. Gegenstand des Unternehmens ist Fabrikation und Verkauf von Autozubehör u. Werkzeugen jeder Art, sowie ähnlicher Artikel. Berechtigung andere Unternehmungen zu erwerben bzw. selbst zu errichten, zu betreiben, wieder zu veräußern und Fiskalen im In- und Ausland zu errichten. Stammkapital: 2400 000 M. Geschäftsführer sind: Emil Retterer, Kaufmann, Berlin, Hummel, Mechaniker, und Emil Brugger, Kaufmann, alle in Furtwangen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 29. Juni 1923 befristet. Jeder Geschäftsführer ist allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt.
Trübingen, 6. August 1923.
Bad. Amtsgericht I.

Trübingen. T.483
Handelsregister-Eintrag B Band III O.-R. 24: Retterer & Hummel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Furtwangen. Gegenstand des Unternehmens ist Fabrikation und Verkauf von Autozubehör u. Werkzeugen jeder Art, sowie ähnlicher Artikel. Berechtigung andere Unternehmungen zu erwerben bzw. selbst zu errichten, zu betreiben, wieder zu veräußern und Fiskalen im In- und Ausland zu errichten. Stammkapital: 2400 000 M. Geschäftsführer sind: Emil Retterer, Kaufmann, Berlin, Hummel, Mechaniker, und Emil Brugger, Kaufmann, alle in Furtwangen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 29. Juni 1923 befristet. Jeder Geschäftsführer ist allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt.
Trübingen, 6. August 1923.
Bad. Amtsgericht I.

Trübingen. T.483
Handelsregister-Eintrag B Band III O.-R. 24: Retterer & Hummel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Furtwangen. Gegenstand des Unternehmens ist Fabrikation und Verkauf von Autozubehör u. Werkzeugen jeder Art, sowie ähnlicher Artikel. Berechtigung andere Unternehmungen zu erwerben bzw. selbst zu errichten, zu betreiben, wieder zu veräußern und Fiskalen im In- und Ausland zu errichten. Stammkapital: 2400 000 M. Geschäftsführer sind: Emil Retterer, Kaufmann, Berlin, Hummel, Mechaniker, und Emil Brugger, Kaufmann, alle in Furtwangen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 29. Juni 1923 befristet. Jeder Geschäftsführer ist allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt.
Trübingen, 6. August 1923.
Bad. Amtsgericht I.

Trübingen. T.483
Handelsregister-Eintrag B Band III O.-R. 24: Retterer & Hummel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Furtwangen. Gegenstand des Unternehmens ist Fabrikation und Verkauf von Autozubehör u. Werkzeugen jeder Art, sowie ähnlicher Artikel. Berechtigung andere Unternehmungen zu erwerben bzw. selbst zu errichten, zu betreiben, wieder zu veräußern und Fiskalen im In- und Ausland zu errichten. Stammkapital: 2400 000 M. Geschäftsführer sind: Emil Retterer, Kaufmann, Berlin, Hummel, Mechaniker, und Emil Brugger, Kaufmann, alle in Furtwangen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 29. Juni 1923 befristet. Jeder Geschäftsführer ist allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt.
Trübingen, 6. August 1923.
Bad. Amtsgericht I.

Trübingen. T.483
Handelsregister-Eintrag B Band III O.-R. 24: Retterer & Hummel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Furtwangen. Gegenstand des Unternehmens ist Fabrikation und Verkauf von Autozubehör u. Werkzeugen jeder Art, sowie ähnlicher Artikel. Berechtigung andere Unternehmungen zu erwerben bzw. selbst zu errichten, zu betreiben, wieder zu veräußern und Fiskalen im In- und Ausland zu errichten. Stammkapital: 2400 000 M. Geschäftsführer sind: Emil Retterer, Kaufmann, Berlin, Hummel, Mechaniker, und Emil Brugger, Kaufmann, alle in Furtwangen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 29. Juni 1923 befristet. Jeder Geschäftsführer ist allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt.
Trübingen, 6. August 1923.
Bad. Amtsgericht I.

Trübingen. T.483
Handelsregister-Eintrag B Band III O.-R. 24: Retterer & Hummel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Furtwangen. Gegenstand des Unternehmens ist Fabrikation und Verkauf von Autozubehör u. Werkzeugen jeder Art, sowie ähnlicher Artikel. Berechtigung andere Unternehmungen zu erwerben bzw. selbst zu errichten, zu betreiben, wieder zu veräußern und Fiskalen im In- und Ausland zu errichten. Stammkapital: 2400 000 M. Geschäftsführer sind: Emil Retterer, Kaufmann, Berlin, Hummel, Mechaniker, und Emil Brugger, Kaufmann, alle in Furtwangen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 29. Juni 1923 befristet. Jeder Geschäftsführer ist allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt.
Trübingen, 6. August 1923.
Bad. Amtsgericht I.

Wiesloch. T.402
In das Handelsregister A Band I wurde unter O.-R. 408 eingetragen: Firma Friedrich Willmaier in Rot. Inhaber ist Friedrich Willmaier, Fabrikant in Rot.
Wiesloch, 15. Aug. 1923.
Badisches Amtsgericht.

Wiesloch. T.402
In das Handelsregister A Band I wurde unter O.-R. 408 eingetragen: Firma Friedrich Willmaier in Rot. Inhaber ist Friedrich Willmaier, Fabrikant in Rot.
Wiesloch, 15. Aug. 1923.
Badisches Amtsgericht.

Wiesloch. T.402
In das Handelsregister A Band I wurde unter O.-R. 408 eingetragen: Firma Friedrich Willmaier in Rot. Inhaber ist Friedrich Willmaier, Fabrikant in Rot.
Wiesloch, 15. Aug. 1923.
Badisches Amtsgericht.

Wiesloch. T.402
In das Handelsregister A Band I wurde unter O.-R. 408 eingetragen: Firma Friedrich Willmaier in Rot. Inhaber ist Friedrich Willmaier, Fabrikant in Rot.
Wiesloch, 15. Aug. 1923.
Badisches Amtsgericht.

Wiesloch. T.402
In das Handelsregister A Band I wurde unter O.-R. 408 eingetragen: Firma Friedrich Willmaier in Rot. Inhaber ist Friedrich Willmaier, Fabrikant in Rot.
Wiesloch, 15. Aug. 1923.
Badisches Amtsgericht.

Wiesloch. T.402
In das Handelsregister A Band I wurde unter O.-R. 408 eingetragen: Firma Friedrich Willmaier in Rot. Inhaber ist Friedrich Willmaier, Fabrikant in Rot.
Wiesloch, 15. Aug. 1923.
Badisches Amtsgericht.

Wiesloch. T.402
In das Handelsregister A Band I wurde unter O.-R. 408 eingetragen: Firma Friedrich Willmaier in Rot. Inhaber ist Friedrich Willmaier, Fabrikant in Rot.
Wiesloch, 15. Aug. 1923.
Badisches Amtsgericht.

Wiesloch. T.402
In das Handelsregister A Band I wurde unter O.-R. 408 eingetragen: Firma Friedrich Willmaier in Rot. Inhaber ist Friedrich Willmaier, Fabrikant in Rot.
Wiesloch, 15. Aug. 1923.
Badisches Amtsgericht.

Wiesloch. T.402
In das Handelsregister A Band I wurde unter O.-R. 408 eingetragen: Firma Friedrich Willmaier in Rot. Inhaber ist Friedrich Willmaier, Fabrikant in Rot.
Wiesloch, 15. Aug. 1923.
Badisches Amtsgericht.

Wiesloch. T.402
In das Handelsregister A Band I wurde unter O.-R. 408 eingetragen: Firma Friedrich Willmaier in Rot. Inhaber ist Friedrich Willmaier, Fabrikant in Rot.
Wiesloch, 15. Aug. 1923.
Badisches Amtsgericht.

Wiesloch. T.402
In das Handelsregister A Band I wurde unter O.-R. 408 eingetragen: Firma Friedrich Willmaier in Rot. Inhaber ist Friedrich Willmaier, Fabrikant in Rot.
Wiesloch, 15. Aug. 1923.
Badisches Amtsgericht.

Wiesloch. T.402
In das Handelsregister A Band I wurde unter O.-R. 408 eingetragen: Firma Friedrich Willmaier in Rot. Inhaber ist Friedrich Willmaier, Fabrikant in Rot.
Wiesloch, 15. Aug. 1923.
Badisches Amtsgericht.

Wiesloch. T.402
In das Handelsregister A Band I wurde unter O.-R. 408 eingetragen: Firma Friedrich Willmaier in Rot. Inhaber ist Friedrich Willmaier, Fabrikant in Rot.
Wiesloch, 15. Aug. 1923.
Badisches Amtsgericht.

Wiesloch. T.402
In das Handelsregister A Band I wurde unter O.-R. 408 eingetragen: Firma Friedrich Willmaier in Rot. Inhaber ist Friedrich Willmaier, Fabrikant in Rot.
Wiesloch, 15. Aug. 1923.
Badisches Amtsgericht.

Wiesloch. T.402
In das Handelsregister A Band I wurde unter O.-R. 408 eingetragen: Firma Friedrich Willmaier in Rot. Inhaber ist Friedrich Willmaier, Fabrikant in Rot.
Wiesloch, 15. Aug. 1923.
Badisches Amtsgericht.

Wiesloch. T.402
In das Handelsregister A Band I wurde unter O.-R. 408 eingetragen: Firma Friedrich Willmaier in Rot. Inhaber ist Friedrich Willmaier, Fabrikant in Rot.
Wiesloch, 15. Aug. 1923.
Badisches Amtsgericht.

Wiesloch. T.402
In das Handelsregister A Band I wurde unter O.-R. 408 eingetragen: Firma Friedrich Willmaier in Rot. Inhaber ist Friedrich Willmaier, Fabrikant in Rot.
Wiesloch, 15. Aug. 1923.
Badisches Amtsgericht.

Wiesloch. T.402
In das Handelsregister A Band I wurde unter O.-R. 408 eingetragen: Firma Friedrich Willmaier in Rot. Inhaber ist Friedrich Willmaier, Fabrikant in Rot.
Wiesloch, 15. Aug. 1923.
Badisches Amtsgericht.

Wiesloch. T.402
In das Handelsregister A Band I wurde unter O.-R. 408 eingetragen: Firma Friedrich Willmaier in Rot. Inhaber ist Friedrich Willmaier, Fabrikant in Rot.
Wiesloch, 15. Aug. 1923.
Badisches Amtsgericht.

Wiesloch. T.402
In das Handelsregister A Band I wurde unter O.-R. 408 eingetragen: Firma Friedrich Willmaier in Rot. Inhaber ist Friedrich Willmaier, Fabrikant in Rot.
Wiesloch, 15. Aug. 1923.
Badisches Amtsgericht.

Wiesloch. T.402
In das Handelsregister A Band I wurde unter O.-R. 408 eingetragen: Firma Friedrich Willmaier in Rot. Inhaber ist Friedrich Willmaier, Fabrikant in Rot.
Wiesloch, 15. Aug. 1923.
Badisches Amtsgericht.

Wiesloch. T.402
In das Handelsregister A Band I wurde unter O.-R. 408 eingetragen: Firma Friedrich Willmaier in Rot. Inhaber ist Friedrich Willmaier, Fabrikant in Rot.
Wiesloch, 15. Aug. 1923.
Badisches Amtsgericht.

Wiesloch. T.402
In das Handelsregister A Band I wurde unter O.-R. 408 eingetragen: Firma Friedrich Willmaier in Rot. Inhaber ist Friedrich Willmaier, Fabrikant in Rot.
Wiesloch, 15. Aug. 1923.
Badisches Amtsgericht.

Wiesloch. T.402
In das Handelsregister A Band I wurde unter O.-R. 408 eingetragen: Firma Friedrich Willmaier in Rot. Inhaber ist Friedrich Willmaier, Fabrikant in Rot.
Wiesloch, 15. Aug. 1923.
Badisches Amtsgericht.